



## Parlamentssitzung 19. August 2013

## Protokoll

Schloss Köniz, Rossstall  
19.00 – 23.10 Uhr

**Vorsitz** Erica Kobel-Itten (FDP)

<b>Anwesend</b>	Annemarie Berlinger-Staub (SP) Bernhard Bichsel (FDP) Adrian Burkhalter (SVP) Christian Burren (SVP) Heidi Eberhard (FDP) Liz Fischli-Giesser (Grüne) Thomas Frey (BDP) Martin Graber (SP) Philippe Guéra (BDP) Hermann Gysel (EVP) Hanspeter Kohler (FDP) Verena Koshy (CVP) Andreas Lanz (BDP) Stefan Lehmann (SVP) Patrik Locher (EVP) Ruedi Lüthi (SP) Hans Moser (SVP) Anita Moser Herren (FDP) Heinz Nacht (SVP)	Christof Nydegger (SVP) Hansueli Pestalozzi (Grüne) Markus Plüss (Grüne) Jan Remund (Grüne) Mathias Rickli (Grüne) Christian Roth (SP) Stephan Rudolf (BDP) Elisabeth Rügsegger (SVP) Christoph Salzmann (SP) Bruno Schmucki (SP) Ronald Sonderegger (FDP) Hugo Staub (SP) Stephie Staub-Muheim (SP) Barbara Thür (GLP) Thomas Verdun (SVP) Markus Willi (SP) Ulrich Witschi (BDP)
<b>Entschuldigt</b>	Vanda Descombes-Della Schiava (SP) Beat Haari (FDP)	Bernhard Zaugg (EVP)
<b>Gemeinderat</b>	Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP), Vizepräsident Rita Haudenschild (Grüne)	Katrin Sedlmayer (SP) Urs Wilk (FDP)
<b>Sekretärin</b>	Verena Remund	
<b>Protokoll</b>	Ruth Spahr	

## Inhaltsverzeichnis

1.	Protokoll der Parlamentssitzung vom 24. Juni 2013.....	181
2.	Kommissionsersatzwahlen.....	181
3.	Deponie Gummersloch KEGUL – Restauffüllung, Endabdeckung und Rekultivierung .....	182
4.	Grundwass erfassung Selhofen-Zopfen - Erneuerung und Verlegung Zubringerleitung.....	185
5.	Oberscherli, Löhrstrasse - Sanierung .....	185
6.	0905 Postulat (SP) "Ein Platz in einer Kindertagesstätte oder einem Tagespflegeplatz 4 bis 6 Monate nach der verbindlichen Anmeldung" .....	189
7.	0907 Postulat (FDP/CVP/jfk) "Köniz für Kinder - Köniz für Familien" .....	193
8.	0913 Postulat (SP) "Je früher desto nachhaltiger - Konzept zur Frühförderung von sozial benachteiligten Kindern" .....	194
9.	1001 Postulat (SP) "Open Sunday - Midnight-Sports: die offene Turnhalle für Kinder und Jugendliche" .....	196
10.	1021 Postulat (SP Köniz) "Köniz innovativ: eine Jobbörse von und für Jugendliche in Köniz" .....	198
11.	1104 Richtlinienmotion (SP Köniz) "AKW Mühleberg sofort stilllegen!" .....	199
12.	1224 Motion (SP Köniz, Hugo Staub, Annemarie Berlinger-Staub) "Ärztzentren für Köniz" .....	201
13.	1301 Motion (SP Köniz/Lüthi) "Volksmotion und Volkspostulat - neue demokratische Rechte!" .....	204
14.	1308 Interpellation (BDP Köniz) "Stand der Anpassung des Reglements der Pensionskasse Köniz" .....	208
15.	1311 Interpellation (Martin Graber, SP) "Kosten der Spezsek Klassen am Gymnasium Lerbermatt" .....	208
16.	Verschiedenes.....	210

## Begrüssung

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur heutigen Parlamentssitzung.

Es sind 37 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Letzte Woche habe ich Ihnen die Einladung zum nun schon traditionellen Parlamentsausflug per E-Mail zukommen lassen. Ich bitte darum, sich bis spätestens morgen für die Teilnahme zu melden.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt Traktandum 2, Kommissionsersatzwahlen.

Die Traktandenliste wird mit den ob genannten Änderungen genehmigt.

### 1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 24. Juni 2013

**Hugo Staub (SP):** Mein Votum zu Traktandum 4, Rechnung 2012, beginnt auf Seite 148 wie folgt: „Das Wort Schmarotzer gehört eher an den Stammtisch als an eine Parlamentssitzung.“ Diesen Satz kann man nur dann verstehen, wenn man auf Seite 147 das Votum von Bernhard Bichsel gelesen hat: „Die FDP-Fraktion hält fest, dass die Gemeinde Köniz eine Stütze für die Stadt Bern und den ganzen Kanton ist und nicht – wie von linker Seite immer wieder behauptet wird – ein Schmarotzer.“ Ich wäre froh, wenn Verweise auf solche Voten angebracht werden können.

Die zweite Korrektur bezieht sich auf Traktandum 12, 1304, Interpellation „Wie werden Synergien bei kombinierten Werkleitungs- und Strassenprojekten im Kostenteiler berücksichtigt?“. Festgehalten ist der Satz: „Ich bin froh, dass die immer wieder angesprochene Transparenz in Fragen und Antworten der Weg ist, den die Gemeinde in Zukunft gehen will.“ Gemeint wäre aber gewesen: *„Ich bin froh, dass die immer wieder angesprochene Transparenz in Fragen der Synergien der Weg ist, den die Gemeinde in Zukunft gehen will.“*

**Thomas Verdun (SVP):** Ich habe eine Korrektur zu Traktandum 10, 0632 Motion Erotik Betriebe“. Auf Seite 176 steht der Satz: „Die Frauen – zum Teil auch Männer – mieten Wohnungen und dadurch können sie Prostitutionsgesetz und –verordnung umgehen.“ Richtig lautet der Satz jedoch: *„Die Frauen – zum Teil auch Männer – mieten Wohnungen und wohnen darin und dadurch können sie Prostitutionsgesetz und –verordnung umgehen.“*

**Bernhard Bichsel (FDP):** Mein Votum in Bezug auf den Ausdruck Schmarotzer ist richtig wiedergegeben.

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 24. Juni 2013 wird mit den ob genannten Änderungen genehmigt.

### 2. Kommissionsersatzwahlen

(allfällige Akten: Nachversand)

Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt dieses Traktandum.

### **3. Deponie Gummersloch KEGUL – Restauffüllung, Endabdeckung und Rekultivierung** Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Die Unterlagen zu diesem Traktandum haben Sie mit dem Aktenversand für die Parlamentssitzung erhalten. Wir gehen wie folgt vor: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und die Einzelvoten aus dem Parlament. Zum Schluss folgt die Abstimmung.

**GPK-Referent Heinz Nacht (SVP):** Die Geschichte der Deponie Gummersloch geht langsam ihrem Ende entgegen. Zur Geschichte: 1969 begann die Gemeinde Köniz mit dem Betrieb der Deponie Gummersloch. Anfangs wurde der Hauskehricht aus der Gemeinde Köniz und den umliegenden Gemeinden dort deponiert. Das Fatale daran war, dass der Kehricht dort einfach auf Naturboden abgelegt wurde. Seit 2000 darf die Gemeinde Köniz gemäss Bundesgerichtsentscheid keinen brennbaren Kehricht mehr in der Deponie Gummersloch deponieren. Ab diesem Zeitpunkt sind nur noch Inert Materialien – Materialien die nicht chemisch reagieren können und sich über Jahre hinweg nicht verändern – deponiert worden.

Einige Informationen zur Deponie selber: Sie wird sehr gut kontrolliert, wie ich nach vertieften Überprüfungen feststellen konnte. Früher einmal wurde der Sulgenbach mittels eines Tunnels unter der Deponie Gummersloch hindurchgeführt. Das noch anfallende Wasser aus der Deponie wird der ARA Bern zugeführt und ebenfalls kontrolliert. Das Einführen des Deponiewassers in die ARA Bern kostet die Gemeinde Köniz pro Jahr 50'000 Franken.

Der Bund schreibt Deponiebetreibern die Pflicht zur Endabdeckung und Rekultivierung vor. Wenn die Deponie dereinst nicht mehr betrieben wird, muss sie abgedeckt werden, damit kein Wasser mehr hindurchfliessen kann. Das muss auch in unserem Sinn sein, denn je weniger Wasser hindurchfliesst desto weniger fliesst unten heraus und damit sinken die Abgaben an die ARA Bern. Für die noch ausstehende Fertigstellung des Auffüllbetriebs und die Endrekultivierung sind per 31.12.2012 rund 5 Millionen Franken eingestellt.

Eine wichtige andere vorgeschriebene Pflicht des Bundes ist die „Pflicht zur Nachsorge“. Die Gemeinde Köniz muss bis 50 Jahre nach der Schliessung der Deponie Mittel für deren Pflege zur Verfügung haben. Es handelt sich also um die AHV für die Deponie.

Festgestellt wurde, dass die bis jetzt angeäufnete AHV nicht für 50 Jahre ausreicht. Der Gemeinderat hat meines Erachtens richtig entschieden und die Arbeitsdauer verlängern lassen. Die Deponie wird während weiterer ca. drei Jahre betrieben. Mit einer sofortigen Schliessung der Deponie Gummersloch würden nur 5 Millionen Franken anstelle der geforderten 7,5 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Die Deponie spült pro Jahr rein netto rund 2 Millionen Franken in die Spezialfinanzierung. Somit wären, wenn der Verlauf gut sein wird und nichts Aussergewöhnliches passiert, im Jahr 2067 fast 1 Million Franken zu viel budgetiert.

Der beantragte Kredit wird nicht für den Betrieb der Deponie Gummersloch benötigt, sondern für die Infrastruktur, d. h. für die Auffüllung des unteren Plateaus, für die Weiterführung der Strasse, die Wiederherstellung des Platzes und für die Grüngutbewirtschaftung. Die Firma bega grünabfallverwertung, die aus Könizer Gewerbeleuten besteht, hat einen 10-Jahres-Vertrag für die Grüngutbewirtschaftung im Gummersloch erhalten, und das spült 70'000 Franken an Mietzinsen in die Spezialfinanzierung.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem vorliegenden Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Christof Nydegger (SVP):** Das Vorgehen des Gemeinderats in Bezug auf die Deponie Gummersloch, die Restauffüllung sowie die Endabdeckung und die Rekultivierung, macht aus der Sicht der SVP-Fraktion grossen Sinn. Mit der Rekultivierung der Deponie Gummersloch geht eine lange Geschichte zu Ende. Der eine oder andere mag diese Deponie in Zukunft vielleicht sogar vermissen. Sicher nicht vermisst wird dereinst der Verkehr sein, der infolge des Betriebs der Deponie im Köniztal herrscht. Nach dem Abschluss der geplanten Arbeiten wird dieser in den nächsten Jahren abnehmen.

Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu.

**Fraktionssprecherin Heidi Eberhard (FDP):** Die Deponie Gummersloch besteht seit 1969 und wurde anfänglich als Haus- und Gewerbekehricht- sowie Sperrgut-Deponie betrieben. Zum Glück hörte dies im Jahr 2000 mit der Inkraftsetzung des Deponieverbots des Bundes für brennbare Abfälle auf. Seither wird vorwiegend Inert-Material – Bauschutt und Aushub – gelagert. Der hintere Teil der Deponie wurde bereits zwischen 2006 und 2010 etappenweise rekultiviert. Das ist auch für den restlichen Teil geplant. In den nächsten Jahren soll die Deponie vollständig aufgefüllt, mit einer Endabdeckung versehen, rekultiviert und 2017 in die 50 Jahre dauernde Nachsorge übergeben werden. Der Bedarf an finanziellen Mitteln für all dies ist beachtlich. Die FDP-Fraktion begrüsst die vom Gemeinderat beantragte Vorgehensweise. Durch die Auffüllung der Deponie mit Inert-Stoffen bis 2015 und die weitere Nutzung und Vermietung eines Teils der Areals an die bega grünabfallverwertung, können bis 2023 auch Erträge generiert werden, die den Gesamtaufwand für die baulichen Massnahmen übertreffen. Voraussichtlich und gemäss heutigen Berechnungen, wird der Saldo der Spezialfinanzierung KEGUL Endabdeckung sowie KEGUL Nachsorge, per 2067 gar mit 980'000 Franken beziffert. Das werden der-einst unsere Nachfolger im Parlament überprüfen können.

Die FDP-Fraktion dankt der DUB, insbesondere der Abteilung Umwelt und Landschaft, für die Aufbereitung des Dossiers, für die zusätzlichen Informationen und für die Möglichkeit der Besichtigung der Deponie Gummersloch vom 12. August 2013. Wir werden dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecher Markus Plüss (Grüne):** Die Fraktion der Grünen wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Bei dieser Vorlage gibt es lauter Gewinner: Die Gemeinde, weil sie Einnahmen generiert und jene, die Deponiematerial abliefern können, sind froh darüber. Es handelt sich um eine attraktive Deponie, da sie sich in der Nähe der Stadt Bern befindet. Die Nachsorge muss vorgenommen und genügend Mittel dafür zur Verfügung stehen. Mit dem Vorschlag des Gemeinderats werden zusätzliche Einnahmen generiert. Sehr gut ist in meinen Augen, dass die Nachsorge jetzt schon für die nächsten Generationen betrieben werden muss. Jene Generation, die Abfall deponiert, muss die entsprechenden Mittel für die Nachsorge bereitstellen. Dies immer in der Hoffnung, dass nichts wirklich Giftiges zutage treten könnte, was eine umfangreiche Sanierung notwendig machen kann. Dass die Deponie noch weiter betrieben und mit unproblematischem Material aufgefüllt wird, ist in unseren Augen richtig.

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** Wir treten in die Schlussphase eines eher traurigen Kapitels, das aufzeigt, mit welcher Rücksichtslosigkeit und Sorglosigkeit früher mit unserer Umwelt umgegangen wurde. Nicht nur in Köniz und nicht nur im Kanton Bern, sondern auch in jenem Landesteil der Schweiz in dem ich aufgewachsen bin. Ich erinnere mich gut an die Erzählungen meiner Eltern, dass in dem kleinen Dorf im Baselland, in dem ich gross geworden bin, die Bauern ihren Abfall einsammelten und im „Bürengatter“ offen über eine Halde in einen alten Steinbruch kippten. So einfach war das damals.

Zurück zur Deponie Gummersloch: Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die gut vorgenommene Auslegeordnung. Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat einen pragmatischen Ansatz wählte, der den Gemeindefinanzen pfleglich ist. Die derzeitige Nutzung des Gummerslochs scheint gut durchdacht zu sein. Die Synergien werden in unseren Augen auf eine gute Art und Weise genutzt, eine Inert Stoff-Deponie stört die Grüngutverwertung wahrscheinlich nicht. Beides sollte jedoch nicht zu nahe bei einer Siedlung sein, weil Lärm und Gerüche die Anwohnenden stören könnten. Ein Restrisiko bleibt: Ab 1969 wurden jahrelang, ohne an die Folgen zu denken, Siedlungs- und weitere Abfälle sorglos deponiert. Zurzeit gehen wir aufgrund der uns vorliegenden Informationen davon aus, dass sich die Abfälle inaktiv verhalten. Doch niemand weiss dies mit letzter Sicherheit. Was ist, wenn doch plötzlich Gas- und Abwasserwerte festgestellt werden, die den Verantwortlichen Kummer bereiten? Was ist, wenn sich im Trinkwasser plötzlich Giftstoffe bemerkbar machen, die auf die Deponie Gummersloch zurückzuführen sind? Wir dürfen ein solches Szenario nicht ausschliessen und deshalb macht es Sinn, die Deponie wie aufgezeigt sinnvoll restauraufzufüllen und danach ordentlich und rasch zu schliessen und der Nachsorge zu übergeben.

Die SP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen und dazu etwas den Kopf über die Entscheide unserer Grosseltern schütteln.

**Fraktionssprecher Ueli Witschi (BDP):** Auch die BDP-Fraktion wird dem vorliegenden Geschäft zustimmen. Die Restauffüllung der Deponie ist in unseren Augen absolut sinnvoll, insbesondere weil eine teure und gute Infrastruktur für die Gewährleistung der Sicherheit der Deponie erstellt worden ist. Es bestehen Instrumente, die für einen allfälligen GAU vorgesehen sind, dies zu Christian Roth. Die Folgen eines solchen GAU müsste wahrscheinlich nicht die Gemeinde Köniz alleine tragen. Es wurde erwähnt, dass es sich um eine Win-Win-Situation handle und die einzigen Verlierer die Bewohner des Köniztal sein könnten, die den Verkehr zwei Jahre länger ertragen müssen. In diesem Sinn Dank an Gemeinderätin Rita Haudenschild, die mitgeteilt hat, dass man mit der betroffenen Bevölkerung in engem Kontakt ist. Und Dank an das Verständnis dieser Personen, die ermöglichen, dass das Geschäft wie vorliegend umgesetzt werden kann.

Eine persönliche Bemerkung: Die Darstellung der Kosten hat mir etwas Mühe bereitet.

**Fraktionssprecherin Verena Koshy (CVP):** Was sind Inert-Stoffe, fragte ich mich beim Lesen der Unterlagen. Bei Wikipedia wurde ich fündig. Am letzten Montag durfte ich zusammen mit anderen Parlamentsmitgliedern die Deponie Gummersloch besichtigen. Ich habe mir vorgestellt, dass wir einen grossen Hügel aus undefinierbarem Material antreffen werden. Dem ist nicht so: Die Kehrichtabfälle sind nicht ersichtlich, das Gelände ist grün. Einzig Bauschutt war zu sehen. Dies beeindruckte mich sehr. Sorgfältig wird auf die Schonung der Umwelt geachtet. Der Sulgenbach wird umgeleitet.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion unterstützt die Restauffüllung der Deponie Gummersloch, damit die erforderlichen Finanzen für die Nachsorge generiert werden können. Es ist auch gut, dass mit der bega grünabfallverwertung ein Mietvertrag für die nächsten 10 Jahre abgeschlossen werden konnte. So wird weiterhin Geld in die Spezialfinanzierung fliessen.

Das Geschäft hat aber auch einen Haken: Die betroffenen Anwohnenden müssen noch etwas länger den doch erheblichem Lastwagenverkehr akzeptieren. Wie Gemeinderätin Rita Haudenschild uns am letzten Montag versicherte, ist sie mit den Anwohnenden in Kontakt.

Ich danke Gemeinderätin Rita Haudenschild und der Abteilung Umwelt und Landschaft für die guten Erläuterungen und die Möglichkeit, das Gummersloch zu besuchen und damit dem Antrag des Gemeinderats besser zu verstehen. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Ich gebe den Dank zurück und danke für die gute Aufnahme des vorliegenden Geschäfts. Dank auch dem GPK-Referenten Heinz Nacht für die gute Vorarbeit. Dank auch an all jene Parlamentsmitglieder, die an der Besichtigung der Deponie Gummersloch teilgenommen und sich vor Ort informiert haben.

Gerade heute habe ich von meinen Fachleuten die Information erhalten, dass gegen die Publikation des gebundenen Teils des Kredits keine Einsprachen eingegangen sind und der Beschluss des Gemeinderats somit rechtskräftig ist.

Einige Stichworte:

Verkehr: Wir befinden uns in Kontakt mit der betroffenen Bevölkerung, denn der Lastwagenverkehr ist belastend. Wir versuchen Massnahmen zu ergreifen, damit diese Belastung einigermaßen erträglich ist. Wir sind ausgesprochen froh, dass unser Vorhaben im Köniztal so gut aufgenommen und Verständnis für die herrschende Situation vorhanden ist.

Zu Christian Roth und der Erwähnung der Rücksichtslosigkeit unserer Grosseltern und deren Sorglosigkeit mit der Umwelt: Unsere Grosseltern, d. h. unsere Eltern und sogar noch ich selber verfügten in den Sechziger- und Siebzigerjahren noch lange nicht über jenes Wissen, das heute vorhanden ist. Der Bericht des Club of Rome kam erst Ende der Achtzigerjahre heraus. Wir lebten 1972 in einer anderen Welt. Zum grossen Teil war damals ein Bad in unseren Flüssen nicht möglich. Man war in den Vierziger-, Fünfziger- und Sechzigerjahren, als die Industrialisierung so richtig boomte, äusserst sorglos und deshalb bin ich mir nicht sicher, ob wir hier einfach von Rücksichtslosigkeit unserer Grosseltern sprechen dürfen. Wir dürfen aber sicher unseren nächsten Generationen keine Lasten überlassen, sondern müssen nach bestem Wissen und Gewissen und gemäss dem neuesten Stand der Technik alles Notwendige vorkehren. Mit dem vorliegenden Projekt tun wir dies: Wir erstellen die Endabdeckung, die Rekultivierung und die Nachsorge, gemäss dem aktuellen Wissensstand und wollen auch finanziell keine Lasten weitergeben. Ich gebe aber zu bedenken, dass zurzeit nur die westlichen Länder ihren Kehricht verbrennen. Der grosse Teil unserer Welt deponiert ihren Kehricht nach wie vor und mit der Ungewissheit, was damit alles geschehen könnte. Nach wie vor handelt es sich auch in diesem Bereich um eine Frage des Geldes.

Den hohen Kosten steht ein grosser Nutzen gegenüber. Durch die Auffüllung der Deponie werden fast 9 Millionen Franken generiert und somit übergeben wir unseren nachfolgenden Generationen auch keine finanziellen Lasten. Ich bitte Sie, dem vorliegenden Kredit zuzustimmen.

---

### **Beschluss**

Für die Bauarbeiten zur Restauffüllung, Endabdeckung und Rekultivierung der Deponie Gummersloch, KEGUL, wird für die Jahre 2013 - 2018 ein Kredit von CHF 2'743'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung bewilligt. Der Kredit wird der Investitionsrechnung Konto 5250.501.5232 belastet.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

## **4. Grundwasserfassung Selhofen-Zopf - Erneuerung und Verlegung Zubringerleitung**

Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Auch diese Unterlagen haben Sie mit den Sitzungsunterlagen erhalten. Das Vorgehen: Nach dem Votum des GPK-Referenten folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament. Zum Schluss erfolgt die Abstimmung.

**GPK-Referent Heinz Nacht (SVP):** Je länger je mehr wird Wasser ein wichtiges Thema unserer Erde. Die Grundwasserfassung Selhofen-Zopf ist seit 1959 in Betrieb, d. h. seit 54 Jahren und müsste eigentlich spätestens bei einem Alter von 80 Jahren erneuert werden. Ich erkläre Ihnen hier nun, weshalb diese Leitung bereits jetzt ersetzt werden muss.

Die Grundwasserfassung Selhofen ist qualitativ sehr gut. Faszinierend daran ist, dass sie sich relativ weit weg von der Aare befindet, d. h. das Aarewasser braucht drei bis vier Tage, bis es bei den Pumpen der Wasserfassung Selhofen-Zopf ist. In diesen drei bis vier Tagen wird das Wasser einerseits bereits gereinigt und andererseits hat man bei allfälligen Verunreinigungen die Chance, die Anlage stillzulegen, bevor die Verunreinigung in die Pumpe gelangt. 2012 hat der Regierungsrat die Konzession erneuert, dies aber mittels eines Kompromisses zwischen den Interessen des Hochwasser- und Auenschutzes und unserer Wasserfassung.

Der Kredit beinhaltet nur die Zubringerleitung der Pumpwerke 1 und 3 zum Hauptpumpwerk. Auf dem Ihnen vorliegenden Plan ist ersichtlich, dass die zu erneuernde Leitung nur ein kleiner Teil des ganzen Systems ist. Entlang der Aare befindet sich jener Wald, der als Auenschutzgebiet ausgewiesen ist. Es handelt sich um Schwemmgebiet der Aare, das die Funktion als Hochwasserschutz hat und in einem solchen Fall überschwemmt wird. Dieses Gebiet kann auch als Naturschutzgebiet wieder neu belebt werden. Der auf dem Plan aufgeführte neue Giessendamm schützt unsere Pumpen. Erneuert werden die auf dem Plan rot eingefärbten Leitungen zum Hauptpumpwerk Selhofen. Zugleich wird die freistehende Hochspannungsleitung in den Boden verlegt, dies zulasten der BKW. Unter anderen befindet sich dort die Verbindungsleitung des Datensystems des IZ Köniz-Muri, durch welche die Daten des IZ Köniz zur Sicherung zum IZ Muri gesendet werden. Bei der im Plan blau eingefärbten Leitung handelt es sich um unsere alte Wasserleitung, die zum Teil oberirdisch verläuft. Bei allfälligen Hochwassern besteht somit die Gefahr, dass die Brücke – über welche die Leitung geführt wird – durch einen angeschwemmten Baumstamm mitgerissen werden könnte und somit würde die Gemeinde Köniz kein Wasser mehr zur Verfügung haben. Eine Verlegung in den Boden wird hier sicher Abhilfe schaffen.

Zu den Finanzen: Die beantragten 2 Millionen Franken sind im IAFP in den Jahren 2013, 2014 und 2015 eingestellt. Hier ist festzuhalten, dass es sich um einen ersten kleinen Teil handelt. Die Erneuerung der Pumpen, die in den nächsten Jahren durchgeführt werden muss, wird grössere Kreditanträge nötig machen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Antrag gemäss Gemeinderat zuzustimmen. Ich danke an dieser Stelle Gemeinderätin Rita Haudenschild und ihrem Team für die Beantwortung all meiner Fragen und Wünsche.

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecherin Anita Moser Herren (FDP):** Die FDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats für die Erneuerung und Verlegung der Zubringerleitung der Grundwasserfassung Selhofen-Zopfen einstimmig zustimmen.

Fünzig Prozent des gesamten Wasserbedarfs der Gemeinde Köniz werden aus der Fassung Selhofen-Zopfen bezogen. Die Qualität des Wassers ist hervorragend und diesem sauberen Trinkwasser müssen wir Sorge tragen. Zudem ist die Wasserfassung von überregionaler Bedeutung. Grundlagen sind der genehmigte Wasserbauplan des Kantons Bern und die Konzessionsverlängerung für Brauchwasser bis 2045. Wasser ist ein öffentliches Gut und soll öffentlich bleiben. Wir sind für eine weitsichtige und nachhaltige Versorgungssicherheit für die Gemeinde Köniz. Die Unabhängigkeit der Gemeinde in der Wasserversorgung, d. h. über eine eigene Wasserversorgung zu verfügen, ist uns sehr wichtig. Mit der Genehmigung des beantragten Kredits lässt sich dieses Ziel erreichen. Die vorgesehenen finanziellen Mittel sind im Investitionsplan enthalten und laufen über die Spezialfinanzierung Wasser. Das Vorhaben befindet sich im gewässer- und umweltschutztechnisch heiklen Gebiet Grundwasserschutzzone und Auenlandschaft. Deshalb ist der Einsatz der neuesten Technologien vorgesehen und gerechtfertigt. Ich bitte Sie im Namen der FDP-Fraktion, dem Kreditantrag gemäss Gemeinderat zuzustimmen.

**Fraktionssprecherin Barbara Thür (GLP):** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion ist froh, dass das Projekt nach mehrjährigen intensiven Abklärungen, Projektierungen und Verhandlungen nun auf der Zielgeraden angelangt ist. Wir sprechen der Gemeinde ein grosses Dankeschön aus, dass sie sich für dieses doch zentrale Anliegen und Projekt so engagiert hat. Uns freut sehr, dass es irgendwie gelungen ist, die verschiedenen berechtigten Interessen unter einen Hut zu bringen. Wir werden dem Kreditantrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen.

**Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne):** In der GPK war ich einige Zeit für den Bereich Wasser/Abwasser zuständig und es ging immer um dasselbe Thema: Die Konzessionserneuerung Selhofen-Zopfen wollte und wollte nicht zustande kommen, obwohl sie Trinkwasser für 20'000 Personen liefert. Es fand eine lange dauernde Interessenabwägung statt zwischen Umweltverbänden, Kanton, Fischern, Wasserversorgern, Hochwasserschutz usw. Endlich liegt nun das Resultat vor: 2012 wurde die Konzession zusammen mit dem Wasserbauplan erteilt. Für uns handelt es sich um ein gutes Beispiel für erfolgreiche eidgenössische Kompromisspolitik. Das Resultat kann den Unterlagen entnommen werden. Ich danke für die vorliegenden guten Unterlagen. Bei einer genaueren Überprüfung der Sache fand ich heraus, dass der Bau eines zweiten Damms durch den Kanton geplant ist, darüber fand ich aber nirgends Unterlagen. Als Folge dieses Projekts muss die Gemeinde die Zubringerleitungen neu verlegen, da sich die aktuellen Leitungen im Bereich des neu geplanten Giessendamms befinden. Wenn schon neue Leitungen verlegt werden müssen, ist es sinnvoll genügend Leerrohre einzubauen, weil niemand weiss was die Zukunft bringen wird. Vielleicht werden uns unsere Enkel dereinst auslachen, wenn sie die Leerrohre entdecken, vielleicht werden sie aber auch dankbar für unsere gute Vorsorge sein. Aktuell ist vor allem wichtig, dass die Hauptdatenleitung zwischen den IZ Köniz und Muri – an welcher Hunderte von Arbeitsplätzen hängen – nicht mehr in einem frei schwebenden Rohr über der Aare hängt, sondern gesichert unter der Aare hindurch geführt wird.

Beim Projekt handelt es sich um einen fein austarierten Kompromiss mit vielen Akteuren, mit einem engen Terminplan und um ein kompliziertes Getriebe in dem alle Räder genau stimmen müssen. Heute fällen wir im Könizer Parlament als kleines Rädchen in diesem komplexen regionalen Getriebe eine Entscheidung, die für das weitere Funktionieren des Getriebes wichtig ist. Wenn wir dieses Getriebe heute blockieren sollten, ist die Wasserfassung für 20'000 Personen infrage gestellt.

Die Fraktion der Grünen bedankt sich bei allen Akteuren für den Durchhaltewillen und wir werden dem Projekt gemäss dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen.

**Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP):** Ich spreche nicht von den Enkeln, sondern von meinem Vater. Als ich als Knabe zusammen mit meinem Vater den Selhofen-Zopfen erwanderte oder mit dem Velo befuhr, wies er mich immer wieder auf die Bedeutung von Grundwasserfassungen für eine gute Wasserversorgung hin. Von einem Ufer- und Auenschutz war damals noch keine Rede.



Das Projekt ist relativ verschachtelt, weil verschiedenste Behörden und Ebenen daran gearbeitet haben. Beim Lesen der Unterlagen könnte man zur Auffassung gelangen, dass nun das Parlament Köniz als letztes in der Reihe und finanzkompetentes Organ noch 2 Millionen Franken zu genehmigen hat, wo doch alles bereits eingefädelt ist. Würde das Könizer Parlament nein dazu sagen, wird halt einfach der Wasserhahn zugedreht.

Die SP-Fraktion kann jedoch mit dem gemachten Verfahren leben, weil sie der Meinung ist, dass der Beitrag der Gemeinde Köniz und der zum Beschluss vorliegende Kreditantrag gut sind. Die SP-Fraktion wird dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Ich danke für die gute Aufnahme des vorliegenden Geschäfts. Das Projekt – es handelt sich um den ersten Teil eines grossen Ganzen – konnte nur deshalb wie vorliegend aufgelegt werden, weil wir 2012 die Konzessionserteilung erhalten haben. Der Konzessionserteilung ging ein langjähriges Hin und Her voraus und es ging erst richtig vorwärts, als die Wasserstrategie des Kantons vom Regierungsrat genehmigt und unsere Grundwasserfassung im Selhofen-Zopfen als überregionale Fassung taxiert wurde. Die Grundwasserfassung ist in der Wasserversorgungsstrategie enthalten. Da es sich bei der Wasserfassung Selhofen-Zopfen nun um eine überregionale handelt, ist dies mit Verpflichtungen verbunden. Wir müssen der Region Wasser liefern und sind deshalb mit der Region vernetzt. Die Überregionalisierung dient aber auch der Gemeinde Köniz, weil es für unsere Versorgungssicherheit wichtig ist, dass auch wir z. B. von der Stadt Bern oder von der Gemeinde Muri Wasser beziehen können. Die Autonomie in der Trinkwasserversorgung ist in dem Sinn nicht der wichtigste Umstand; wichtiger ist, dass überhaupt Trinkwasser zur Verfügung gestellt werden kann. Ich bitte Sie, dem vorliegenden Kreditantrag des Gemeinderats zuzustimmen, damit mit dem Projekt weitergefahren werden kann.

---

#### **Beschluss**

Für die Erneuerung und Verlegung der Zubringerleitung der Grundwasserfassung Selhofen-Zopfen wird ein Kredit von CHF 1'950'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 5550.501.4332, bewilligt.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

### **5. Oberscherli, Löhrstrasse - Sanierung**

Kredit; Direktion Planung und Verkehr

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Zu diesem Traktandum sind Ihnen die Unterlagen ebenfalls mit dem Aktenversand zugestellt worden. Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten und zum Schluss die Abstimmung.

**GPK-Referent Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Für die Sanierung der Löhrstrasse nehmen wir nun zum zweiten Mal Anlauf. Die Löhrstrasse muss saniert werden, weil die bestehende Strassenentwässerung an ihre Grenzen stösst und mehrmals Häuser überschwemmt worden sind. Am 29. April 2013 wies das Parlament das damals vorliegende Projekt zurück mit dem Auftrag, dass die Sanierung wie folgt zu realisieren ist: Im unteren Abschnitt soll die Sanierung normgerecht erfolgen und im oberen Abschnitt soll weniger aufwändig saniert werden, d. h. auf eine Oberflächenbehandlung wird verzichtet und Randabschlüsse sollen nur dort wo unbedingt notwendig angebracht werden, d. h. nur dort, wo die Anstösser nicht bereits selber Schutzmassnahmen gegen das Wasser ergriffen haben. Ein weiterer Antrag, auf die Verbreiterung der Strasse zu verzichten, wurde knapp abgelehnt.

In der Vorlage sind alle geänderten Teile des ursprünglichen Projekts in blau dargestellt, was den GPK-Mitgliedern eine transparente und pragmatische Lösung schien, um das Geschäft möglichst rasch wieder im Parlament beraten zu können. Eine Korrektur ist auf Seite 5 noch anzubringen: In der Tabelle sind unter dem Titel Kosten Bauprojekt (beantragter Kredit) im Posten Nebenkosten/Drittkosten nur in einer Spalte 34'000 Franken aufgeführt, die jedoch in beiden Spalten aufgeführt sein müssten.

In der Parlamentsdebatte vom 29. April 2013 hielt Gemeinderätin Katrin Sedlmayer fest, dass ein normgerechter Einbau Mehrkosten von ca. 50'000 Franken verursachen würde. Nun ist in der Tabelle ersichtlich, dass diese Mehrkosten neu mit 30'000 Franken beziffert sind.

Demgegenüber können im oberen Strassenabschnitt Einsparungen von 60'000 Franken generiert werden, was Einsparungen von insgesamt 35'000 Franken ergibt. Dies auch, weil im Posten Unvorhergesehenes weniger Mittel angegeben werden müssen. Die Rückweisung hat Einsparungen von total 35'000 Franken zu Folge.

Zur Ökologie: Eine Ursache für den starken Wasserabfluss ist die Bewirtschaftung der Parzelle oberhalb der Strasse. Bei den vorgekommenen Schadenereignissen war dort Mais angepflanzt, was einen stärkeren Oberflächenwasserabfluss verursachen kann, als z. B. bei einer Naturwiese. Gemäss Auskunft des zuständigen Dienstzweigleiters Roger Balsiger findet am 22. August 2012 eine Besprechung mit der kantonalen Bodenschutzfachstelle und dem Bewirtschafter des betroffenen Landes zu diesen Fragen statt, um eine für alle gute Lösung zu finden. Die Bepflanzung ist jedoch nicht alleiniger Auslöser der Sanierung. Bei Extremniederschlägen stösst die Strassenentwässerung an ihre Grenzen und die Extremereignisse nehmen aufgrund der Klimaerwärmung zu. Zur Beleuchtung: Es werden energiesparende LED-Strassenleuchten montiert.

Zum Sozialen: Dank der Verbreiterung können sich neu Fussgänger mit Lastwagen und Traktoren auf den betroffenen 100 Metern kreuzen.

Zu den Kosten: Aufgrund der Verbreiterung sind die Quadratmeterpreise für die Sanierung sehr hoch. Der Quadratmeter kostet neu 765 Franken. Im Normalfall rechnet man bei einer Sanierung mit 230 Franken pro Quadratmeter.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem geänderten Projekt zuzustimmen.

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Stephan Rudolf (BDP):** Bereits am 29. April 2013 habe ich als Fraktionssprecher der BDP-Fraktion votiert. Ich halte fest, wie die Angelegenheit aus unserer Sicht ablief: Bei der ersten Debatte über das Geschäft wurde von Rückweisung des Geschäfts bis zu eigenen Anträgen und Nichtrückweisung alles vorgebracht. Aus unserer Sicht handelte es sich um eine Folge aus einer suboptimalen Kombination von Sanierung, Schutzmassnahmen, Verbreiterung und nicht normgerechten Sanierungsmassnahmen.

An dieser Stelle danke ich dem Gemeinderat für die Umsetzung der an der ersten Beratung geforderten Massnahmen. Die BDP-Fraktion wird dem Antrag gemäss Gemeinderat einstimmig zustimmen.

**Fraktionssprecher Adrian Burkhalter (SVP):** Dass die Löhrrstrasse nun gemäss üblichen Standards saniert wird, ist für mich absolut schön. Das freut die Anwohnenden, weil sie nicht mehr Angst haben müssen, dass bereits in den nächsten fünf Jahren wieder Sanierungen notwendig werden.

Die SVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Zu Hansueli Pestalozzi in Bezug auf die Bepflanzung: Wenn der Boden gesättigt ist, tritt Wasser aus, egal was gepflanzt ist. Der einzige Vorteil bei einer Bepflanzung mit Gras ist, dass weniger Erdreich mitgerissen wird. Dem Bewirtschafter können keine Auflagen für die Bewirtschaftung gemacht werden, da es sich nicht um ein Schutzgebiet handelt. Der richtige Weg wird sicher sein, mit dem betroffenen Landbesitzer das Gespräch zu suchen.

**Fraktionssprecher Mathias Rickli (Grüne):** Die Fraktion der Grünen findet die zweite Präsentation der Vorlage als eine sehr pragmatische Lösung und schätzt solches Vorgehen. Man kann sich sofort ins Geschäft einlesen und weiss schnell einmal, was geändert hat.

Hingegen ist der Inhalt für uns etwas weniger erfreulich. Unbestritten ist ein Wasserproblem vorhanden, das gelöst werden muss. Die Sanierung der Abwasserleitung ist unbestritten, wie auch die normgerechte Sanierung der Kofferung. Uns stört jedoch die Verhältnismässigkeit der Kosten. In der Gemeinde Köniz gibt es viele kleine Strassen, die irgendeinmal Sanierungsbedarf haben und wir sind der Meinung, dass versucht werden muss, die Verhältnismässigkeit zu wahren. Deshalb wurde von uns der Antrag gestellt, auf die Verbreiterung der Strasse zu verzichten. Das Verkehrsaufkommen ist unserer Ansicht nach nicht gross und wenn einmal eine Kreuzung eines landwirtschaftlichen Fahrzeugs mit einem anderen Fahrzeug oder mit Fussgängern passiert, muss eine andere machbare Lösung gefunden werden. Aus dieser Sicht bedauern wir es sehr, dass hier nicht auf die Strassenverbreiterung verzichtet wird.

Die Fraktion der Grünen wird sich zu diesem Geschäft mehrheitlich der Stimme enthalten.

**Fraktionssprecher Bruno Schmucki (SP):** Der Vorteil einer zweiten Vorlegung eines Geschäfts ist, dass auch der letzte Hinterbänkler und das grösste Greenhorn im Strassenbau begreift, um was genau es sich handelt. So komme ich heute im Parlament zu meiner ersten Wortmeldung.

Ich stelle fest, dass dieses Geschäft in einer angepassten Form neu präsentiert worden ist und heute Abend wahrscheinlich die verschiedensten Hürden nehmen wird, an welchen es bei der ersten Vorlage scheiterte. Klar ist, dass das neue Projekt Verbesserungen für die Anwohnenden bringt, indem die Überflutung der Keller in Zukunft nicht mehr vorkommen soll. Das ist das wichtigste Ziel, das mit diesem Geschäft erreicht werden kann. Die Sanierung wird sachgerecht und mit Augenmass durchgeführt. Die heute geltenden Normen werden eingehalten, auch auf untergeordneten Strassen, und so kann selbst ein voll beladener Milchtank-Lastwagen bei Minustemperaturen die gefrorene Strasse befahren, ohne dass der Belag Risse erhält. Auf Goldränder ist verzichtet worden. Meiner Meinung nach wurde aber eine Crèmeschnitte-Sanierung vorgenommen: Man legte etwas mehr Pudding und Blätterteig auf. Wichtig ist auch, dass die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner über das Projekt informiert worden und damit einverstanden sind. Wir haben alle an Bord.

An dieser Stelle möchte ich der Direktion Planung und Verkehr danken, dass dieses Geschäft speditiv angepackt und rasch möglichst überarbeitet und nun bereits präsentiert worden ist. Dies in einer übersichtlichen und einfachen Form. Heute können wir grünes Licht geben. Hier wurde einer so genannt untergeordneten Strasse übergeordnete Priorität gegeben. Die SP-Fraktion wird dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke für die positiven Voten und die Ausführungen des GPK-Referenten Hansueli Pestalozzi. Ich freue mich, dass das nun vorliegende Projekt jetzt auf Akzeptanz stösst und von Ihnen unterstützt wird. Gemäss Ihren Wünschen haben wir die entsprechenden Änderungen vorgenommen. Auch mit der veränderten Variante haben wir die drei uns wichtigen Punkte lösen können: Das Wasserproblem, den Strassenzustand im unteren Teil und die Sicherheit im unübersichtlichen Teil der Strasse. Die Verbreiterung der Strasse kostet Geld, aber diese wird nur im unübersichtlichen Teil vorgenommen. Das erste Projekt beinhaltete mehrere Ausweichstellen und auf diese haben wir verzichtet.

Ich freute mich über das Votum von Adrian Burkhalter, der festhielt, dass es absolut schön sei, dass gemäss Standards saniert wird. Bei unseren Standards handelt es sich nicht um so genannte Goldränder und dieser Umstand wird von Ihnen allen unterstützt.

Herzlichen Dank für die gute Aufnahme des vorliegenden Projekts.

---

### **Beschluss**

Für die Sanierung der Löhrrstrasse wird ein Kredit von [CHF 490'000.00](#) zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto 2420.501.0579, Oberscherli, Löhrrstrasse, Sanierung, bewilligt.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

### **6. 0905 Postulat (SP) "Ein Platz in einer Kindertagesstätte oder einem Tagespflegeplatz 4 bis 6 Monate nach der verbindlichen Anmeldung"**

Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

**Christian Roth (SP):** Familienexterne Kinderbetreuung ist heute nicht mehr aus der Organisation des beruflichen und familiären Alltags vieler Eltern wegzudenken. Angebote wie Tageschule, Kindertagesstätten oder Tagespflegeplätze haben ihren festen Platz in der Familienorganisation vieler Künzlerinnen und Künzler. Doch noch immer ist die Warteliste lang. Wie der Vorlage entnommen werden kann, warten per Ende 2012 immer noch 284 so genannt vermittelbare Kinder auf einen Platz in einer Kita oder bei Tageseltern. Der Bedarf ist vorhanden, der Ausbau eminent wichtig.

Die Forderung des Vorstosses lautet: Künzler Kinder sollen vier bis sechs Monate nach einer verbindlichen Anmeldung einen Platz in einer Kita oder bei Tageseltern haben. Diese Forderung ist in den Augen der SP-Fraktion noch lange nicht erfüllt und um Ihnen dies zu illustrieren, bringe ich ein Beispiel an: Stellen wir uns vor, dass im Bauch seiner Mutter ein kleines Leben wächst. Ich nenne es Beispieli. Beispieli soll gemäss Prognosen am 1. Dezember 2013 zur Welt kommen. Die Eltern freuen sich, sind sich aber auch bewusst, dass Freude allein nicht genügt, um den familiären Alltag mit dem ersten Kind zu organisieren.

Beide Elternteile wollen – oder müssen – auch nach der Geburt weiter arbeiten. Zuerst wird die Mutter von Beispielius ihren Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen beziehen und das Paar kann es sich sogar noch leisten, anschliessend weitere drei Monate unbezahlten Urlaub zu finanzieren. Somit wird sich die Mutter ganze sechs Monate lang um den Sprössling kümmern können. Weil die Eltern von Beispielius frühzeitig planen, melden sie ihren Sohn bereits am 1. September 2013 – drei Monate vor der Geburt – für einen Platz in einer Könizer Kita an. Weil er aber noch nicht geboren ist, gilt er gemäss Lesart des Gemeinderats als nicht vermittelbar. Die Wartefrist läuft noch nicht. Beispielius ist pünktlich und kommt am 1. Dezember 2013 zur Welt. Der Mutterschaftsurlaub beginnt und dauert bis Ende Mai 2014. Die Eltern haben ihren Sohn per 1. Juni 2014 für einen Platz in einer Könizer Kita angemeldet. Gemäss Lesart des Gemeinderats gilt er aber bis Ende Mai 2014 als nicht vermittelbar. Erst ab dem gewünschten Eintrittsdatum – 1. Juni 2014 – beginnt die Wartefrist zu laufen. Endlich, am 1. November 2014, hat der Säugling einen Kita-Platz und nach Lesart des Gemeinderats tatsächlich innerhalb der geforderten Frist von vier bis sechs Monaten nach der verbindlichen Anmeldung. In Tat und Wahrheit ist die Anmeldung aber bereits am 1. September 2013 erfolgt. Deshalb wurde Beispielius nach erst 14 Monaten ein Kita- oder Tagespflegeplatz auf der Warteliste vermittelt.

Die SP-Fraktion stellt fest, dass die Verkürzung der Wartezeiten, nicht nur in diesem Beispiel, wohl eher eine Art Taschenspielertrick ist und keine wirkliche Verbesserung. Die effektive Wartefrist im nicht unrealistischen Beispiel kommt der durchschnittlichen Wartefrist in der Vorlage aus dem Jahr 2008 relativ nahe. Böse Zungen dürften geneigt sein, bei der Herumschieberei von vermittelbaren zu nicht vermittelbaren Kindern, von Augenwischerei zu sprechen. Das Beispiel zeigt auch die Schwierigkeit der Eltern von Beispielius sehr gut. Sie haben von anfangs Juni bis Ende Oktober 2014 keinen Kita-Platz für ihren Sohn, obwohl sie ihre Anmeldung frühzeitig und verbindlich getätigt haben und beide ab 1. Juni 2014 arbeiten. Ich frage mich, wie sie diese fünf Monate überbrücken werden. Am wahrscheinlichsten wird es aus einem Patchwork an provisorischen Massnahmen bestehen, das alle Beteiligten an den Rand der Belastung bringen wird.

Die SP-Fraktion anerkennt, dass der Gemeinderat die Begrifflichkeiten rund um die Warteliste aufgrund des Postulats geklärt hat. Das ist gut und schafft mehr Transparenz. Dass der Gemeinderat nun aber mit dem vorher erwähnten Taschenspielertrick die Situation von drei bis vier Monaten als optimal erklärt, können wir nicht verstehen. Dass er punkto Wartefrist aufgrund des so genannten Leerstandsrisikos keine weitere Senkung will, zeigt uns, dass er betriebswirtschaftliche Rentabilität vor das Wohl der Kinder und ihren Eltern stellt. Das ist in den Augen der SP-Fraktion eine inakzeptable Prioritätensetzung.

Die SP-Fraktion erklärt sich mit der Abschreibung des Postulats einverstanden, weil der Bericht des Gemeinderats formaljuristisch vorliegt. Zuhanden des Protokolls: Sie nimmt den Bericht aber ablehnend zur Kenntnis und betont bei dieser Gelegenheit einmal mehr, dass der weitere Ausbau der Kita-Plätze durch die Gemeinde künftig forciert vorangetrieben werden muss. Der Kanton, der derzeit alle Ecken und Kanten insbesondere im Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- und Behindertenbereich mit der Sparlampe ausleuchtet, muss dorthin gebracht werden, dass er auch den Agglomerationsgemeinden weiterhin einen regelmässigen Ausbau des Kita-Angebots mitfinanziert. Dabei erwartet die SP-Fraktion auch von den Könizer Grossrätinnen und Grossräte, dass sie die lokalen Bedürfnisse auf kantonaler Ebene nicht torpedieren.

Zum Schluss: Bei der Frage des weiteren Kita-Ausbaus ist nicht ganz auszublenden, dass eine vorübergehende Selbstfinanzierung des Angebots bis zur Ermächtigung durch den Kanton eine von mehreren Möglichkeiten darstellen kann. Nur eine Gemeinde mit einem genügenden und guten Kita- und Tagespflege-Angebot ist eine attraktive Gemeinde. Aus dieser Sicht ist für die SP-Fraktion klar: Auch wenn der beantragten Abschreibung des Postulats heute Folge geleistet wird, bleibt das Thema des weiteren Ausbaus des Könizer Angebots an familienexterner Kinderbetreuungsmöglichkeiten hochaktuell und gehört in unseren Augen weiterhin auf die Top-Ten-Liste des Gemeinderats.

**Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP):** Kita-Plätze sind im Parlament ein altes Thema. Das Positive vorweg: In den letzten Jahren ist viel passiert und viel hat sich zum Positiven verändert. Das Angebot ist grösser geworden und auch die Anzahl der subventionierten Plätze. Einen wichtigen Punkt im Zusammenhang mit dem Postulat möchte ich aufzeigen: Wenn wir hier von Warteliste sprechen, handelt es sich um die Warteliste der subventionierten Plätze. Meistens sind genügend freie Kita-Plätze vorhanden, diese sind jedoch nicht staatlich subventioniert. Dort würde auch Beispielius einen Platz finden. Wenn also genügend Betreuungsplätze vorhanden sind, wo liegt das Problem? Es liegt darin, dass alle Eltern subventionierte Kita-Plätze beantragen können und sich deshalb auch alle Eltern auf diese Warteliste setzen lassen.

Der Weg aus dieser Situation kann jedoch nicht sein, das staatliche Angebot so weit auszubauen, dass verbindliche Fristen gelten. Vielmehr muss der nächste Schritt im Bereich der Transparenz erfolgen. Der Kern der Problematik in der Gemeinde Köniz ist auf Seite 2 des Berichts des Gemeinderats wiederzufinden: Unter dem Titel „Bereinigung und Entwicklung der Warteliste“ ist Folgendes festgehalten: „Gründe dafür sind beispielsweise eine Anmeldung vor der Geburt oder vor dem gewünschten Eintrittsdatum sowie Wartende, welche eine Betreuungsmöglichkeit haben und aus Sicherheitsgründen auf der Liste verbleiben wollen. Gerade diese Wartenden befinden sich teilweise schon längere Zeit auf der Liste und bewirken eine starke Verzerrung der durchschnittlichen Wartezeit.“ Nun kommen wir zurück zu meiner Hauptkritik an der kibe (Kinderbetreuung Region Köniz): Wenn sich Eltern entscheiden – z. B. die Eltern von Beispielius – ihr Kind in einen privaten Kita-Platz zu geben, wo das Angebot genügend ist, zusätzlich aber auf der Warteliste bleiben, verbleibt Beispielius überdurchschnittlich lange auf der Warteliste. Eigeninitiative und Selbstorganisation wird hier eigentlich bestraft. Das hat damit zu tun, dass die Warteliste nach wie vor nicht ausreichend transparent ist. Mir ist durchaus bewusst, dass der Gemeinderat im Bereich der kibe in letzter Zeit zwar Verbesserungen vornahm, aus meiner Sicht sind wir dort aber noch lange nicht am Ende. Das ist einer jener Gründe, weshalb die heutige – völlig intransparente – Warteliste immer noch nicht aussagekräftig ist. Das macht es schwierig, endgültig feststellen zu können, wie lange Eltern auf einen Kita- oder Tageseltern-Platz warten mussten.

Für die FDP-Fraktion drängt sich hier ein Modell auf: Die Betreuungsgutscheine. Auch uns ist aber bewusst, dass Betreuungsgutscheine nicht alle Probleme lösen werden. Gerade aber in diesem Punkt sind mit Betreuungsgutscheinen signifikante Verbesserungen möglich. Wir hoffen, dass sich die Erkenntnis beim Gemeinderat bald durchsetzen und auch die Gemeinde Köniz auf den Weg der Betreuungsgutscheine einschwenken wird.

Die FDP-Fraktion wird der beantragten Abschreibung des Postulats einstimmig zustimmen.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Das Anliegen ist auch für die Fraktion der Grünen Köniz wichtig. Wir stellen fest, dass der Gemeinderat an der Umsetzung seines bereits 2009 beschriebenen Vorschlags ist. Wir begrüßen die Anstrengungen zum Ausbau der familienexternen Kinderbetreuungsplätze und zur Verkürzung der Wartezeit. Eltern und Kinder sollen solche Plätze innert nützlicher Frist beanspruchen können. Es fällt auf, dass Kita-Plätze kontinuierlich ausgebaut werden konnten, Tageseltern-Plätze hingegen weniger. Vermutlich ist dies im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung zu verstehen: Immer mehr Eltern sind beruflich tätig und können gar nicht mehr Tageseltern sein. Deshalb kann durchaus der Schluss nahe gelegt werden, dass in Zukunft die Anzahl der angebotenen Kita-Plätze immer wichtiger wird. Heute ist für die Warteliste das Eintrittsdatum massgebend. Die Fraktion der Grünen Köniz hat dieses Kriterium für die Warteliste bereits 2009 befürwortet. Wir haben damals aber festgehalten, dass eine generelle Wartezeit von maximal vier bis sechs Monaten zu lange ist und haben uns für eine Wartezeit von 0 bis 2 Monaten ausgesprochen. Längerfristig möchten wir, dass die Wartezeit auf jeden Fall kürzer als vier Monate sein wird. Eine solche Wartezeit können Eltern in etwa noch mit zusätzlichem unbezahltem Urlaub überbrücken.

Der Bericht erwähnt die Bereitstellung einer Internetplattform für die detaillierte Auswertung von Angebot und Nachfrage und für die Bereitstellung des Angebots. Das kann sicher ein wertvoller Dienst sein. Wichtig ist, dass bei einer solchen Lösung der Datenschutz berücksichtigt wird. Daten zur Existenzsicherung, aber auch Daten über soziale Verhältnisse und Beziehungen gehören zu den besonders schützenswerten Personendaten und müssen entsprechend in den Informatikprojekten und Datenbanken gesichert sein. Meine Nachfrage bei der Verwaltung ergab, dass sie diesem Aspekt Rechnung trägt und das Projekt auch rechtzeitig auf seine Vereinbarkeit mit den Anforderungen des kantonalen Datenschutzrechts durch die Datenschutzaufsichtsstelle prüfen lässt.

Abschliessend eine Frage: Der weitere Ausbau steht unter dem Vorbehalt dass die Kita-Plätze vom Kanton ermächtigt werden. Das ist heikel. Was kann die Gemeinde tun, damit sie die Ermächtigung erhält oder sind wir abhängig vom Sparprogramm des Kantons Bern? Wie kommt man zur Lastenausgleichsberechtigung? Was passiert, wenn der Kanton die Ermächtigung verweigert?

Die Fraktion der Grünen Köniz stimmt der beantragten Abschreibung des Postulats zu.

**Fraktionssprecherin Elisabeth Rügsegger (SVP):** Von mir hören Sie keine Geschichte über Beispielius. Die SVP-Fraktion sieht das Angebot an Kita- und Tagesbetreuungsplätzen zurzeit als bedürfnisgerecht und vernünftig an. Die Wartezeiten sind gesunken und mit dem neuen Anmeldeverfahren ist noch einmal mit einer Verkürzung der Wartezeit zu rechnen.

Der Gemeinderat behält auch in Zukunft Kinderzahlen und Budget im Auge. Wir sind froh, dass er ein gutes Gespür dafür hat und dies hoffentlich auch bei der Entscheidung zwischen dem was wirklich wichtig und notwendig ist oder dem was nett zu haben wäre. Aus diesen Gründen und Überlegungen wird die SVP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats folgen und der Abschreibung des Postulats einstimmig zustimmen.

**Christian Roth (SP):** Wir führen keine Diskussion über Betreuungsgutscheine, einen Punkt möchte ich dazu jedoch festhalten: In meinen Augen sind Betreuungsgutscheine weder indiskutabel noch sind sie ein Allerheilmittel. Bei einer allfälligen Diskussion über Betreuungsgutscheine – die dereinst kommen wird – werden wir ebenfalls über Wartezeiten sprechen. Wie immer wird auch hier die Art der Ausgestaltung entscheidend sein. Es wird vor allem um die Rahmenbedingungen gehen. Wie auch heute wird es um die Frage des Betreuungsschlüssels gehen, d. h. wie viele zu betreuende Kinder auf eine erwachsene Person kommen. Es geht auch um die Frage, ob viele Ausgebildete auf wenig nicht ausgebildetes Personal kommen oder ob die Situation umgekehrt ist. Es geht auch um die Örtlichkeiten. Im städtischen Teil der Gemeinde Köniz wird ein Kita-Platz teurer sein als im ländlichen Teil. Auch die Frage der Löhne wird dann zu diskutieren sein.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Die in ein Postulat umgewandelte Motion verlangte die Verkürzung der Wartefristen auf vier bis sechs Monate. Nicht wegzudiskutieren ist – hier gebe ich Christian Roth Recht – dass vor der Geburt angemeldete Kinder von der Warteliste genommen worden sind. Das wurde jedoch nicht einfach so vorgenommen, weil man der Meinung war, hier eine rechnerische Verbesserung anzubringen. Genau diese Bereiche haben die Wartefrist wirklich verlängert. Nicht jedes Kind – wie der hier angeführte Beispieliuss – konnte so gut vermittelt werden, sondern es gab immer wieder Veränderungen, durch die Mutter oder das Kind selber, usw. und die Plätze wurden nicht in Anspruch genommen. Im Jahr 2009 betrug die Wartefrist 10,9 Monate, 2010 noch 6,6 Monate. Das wurde Ihnen bereits kommuniziert. 2012 wurde die Verordnung des Kantons über die Angebote zur sozialen Integration geändert und durch die GEF (Gesundheits- und Fürsorgedirektion) überarbeitet. Darin wurden die grundlegenden Voraussetzungen für Personen geschaffen, die zur Existenzsicherung erwerbstätig sind. Für jene soll ein einfacherer Zugang zu den subventionierten Plätzen für die familienexterne Kinderbetreuung möglich sein. Wir werden ab 1. Januar 2014 diese Internetplattform aufgebaut haben und dort werden diese Kriterien festgelegt sein. Somit wird vieles rund um die familienexterne Kinderbetreuung transparenter sein. Der Datenschutz, eine Frage von Liz Fischli-Giesser, wird beachtet werden. 2012 ist die Warteliste überprüft worden und wir gehen davon aus, dass mit den jetzt eingeleiteten Massnahmen die Anzahl Wartende nochmals um ungefähr 20 Prozent gesenkt werden könnte. Könnten wir jährlich einen Ausbau von Kita- und Tagespflegeplätzen vornehmen, würde sich die Wartefrist auf drei bis vier Monate senken. Die Fraktion der Grünen erwartet eine Wartefrist von 0 bis zwei Monaten. 2014 werden wir wiederum versuchen – das ist im Budget eingestellt – das Angebot um 12 Plätze auszubauen. Bis jetzt mussten im Frühling und im Herbst beim Kanton Gesuche für zusätzliche Plätze eingegeben werden. Das wurde nun durch den Kanton geändert. Gesuche für zusätzliche Plätze können nur noch im Herbst eingegeben werden, damit er etwas Spielraum hat. Wir werden entsprechende Gesuche einreichen. Der Kanton hat uns bis anhin alle Gesuche für familienexterne Betreuungsplätze bewilligt. Dies bis auf 2012 und das hat mit den kantonalen Sparmassnahmen zu tun. Hier wurde nicht die Gemeinde Köniz einfach nicht berücksichtigt. Klar ist aber, dass der Anspruch auf einen Betreuungsplatz gesetzlich nicht geregelt ist.

In der Gemeinde Köniz gibt es Fälle, die auch heute eine längere Wartefrist erdulden müssen, auch eine mehr als ein Jahr dauernde. Das ist mir bewusst. Betrachtet man jedoch den Einzelfall etwas näher, handelt es sich jeweils um Herausforderungen, die nicht oder nur mit Biegen und Brechen erfüllt werden können. Im Grossen und Ganzen können die Wartefristen eingehalten werden. Der Weg bis anhin war gut und kontinuierlich und das Angebot an familienexterner Kinderbetreuung verbessert sich laufend, auch aufgrund der neu geschaffenen Strukturen. Der Gemeinderat hat neue Leistungsverträge abgeschlossen.

Ich bin froh, dass mein Grosskind nicht Beispieliuss heisst. Ich selber bin Grossvater von Kindern berufstätiger Töchter und Schwiegersöhnen. Auch diese sind auf familienexterne Betreuung angewiesen und ich bin mir der Problematik aus eigener Erfahrung bewusst.

---

## Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

## 7. 0907 Postulat (FDP/CVP/jfk) "Köniz für Kinder - Köniz für Familien"

Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

**Hanspeter Kohler (FDP):** Kommunen übernehmen in der familienexternen Kinderbetreuung eine wichtige Rolle. Viel Flexibilität ist gefragt. Familienexterne Kinderbetreuung ist im Interesse der Wirtschaft, kostet aber auch etwas. Sie soll bedarfsgerecht und mengenmässig ausreichend sein, damit Beispielia – die Schwester von Beispieli – auch einen familienexternen Betreuungsplatz haben wird.

Aktuell ist in diesem Bereich in der Gemeinde Köniz viel unternommen worden, damit eine zeitgerechte und qualitativ gute und finanzierbare familienexterne Kinderbetreuung angeboten werden kann. Besten Dank für diese Anstrengungen. Die zahlreichen Vorstösse in diesem Bereich haben auch dazu beigetragen, dass viel unternommen worden ist.

Der Bericht des Gemeinderats ist ausführlich und beinhaltet nützliche Links zu den Konzepten. Positiv ist, dass die Kosten gesenkt werden konnten und für die Anbieter kostendeckend sind. Positiv ist, dass das Betreuungsangebot stetig ausgebaut wird und die Wartezeiten kürzer werden. Das familienexterne Betreuungsangebot während der Schulferien befindet sich noch im Ausbau, das Pilotprojekt wird im Schuljahr 2014/2015 gestartet. Punkt 4 des Postulats betreffend nichtstaatliche Formen der Kindesbetreuung ist noch hängig. Hier darf die Gemeinde in Zukunft schon etwas aktiver werden und innovativer sein. Es bestehen verschiedene andere Modelle, gegebenenfalls in Koordination mit dem Kanton, von Familien- und Nachbarschaftshilfen bis hin zu steuerlichen Erleichterungen wenn die Familie private Betreuungsdienste organisiert. Hier ist noch einiges offen.

Auch bei diesem Vorstoss bringt die FDP-Fraktion die Möglichkeit Betreuungsgutscheine ins Spiel. Wir sind hier hartnäckig, dies aber gerne. Beim Lesen des Berichts drängt sich eine solche Lösung laufend auf.

Zusammenfassend: Vieles ist unternommen, angepackt und umgesetzt worden. Die FDP-Fraktion erklärt sich mit dem Bericht zufrieden und wird der beantragten Abschreibung des Postulats zustimmen.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Zwei Aspekte möchte ich hervorheben: Es handelt sich wieder um eine beantragte Abschreibung. Die Fraktion der Grünen Köniz wird der Abschreibung zustimmen. Dieses Traktandum ergänzt das vorangehende, enthält aber neue Aspekte wie das Betreuungsangebot während der Schulferien, das im Schuljahr 2014/2015 mit einem Pilotprojekt gestartet werden soll, sofern der Voranschlag 2014 ausgeglichen präsentiert werden kann und der Einbezug von Angeboten an Betreuungsplätzen durch private Kitas ausgebaut werden soll. Beides ist in unseren Augen an sich gut. Allerdings wünschen wir, dass ein erstes Pilotprojekt für die Betreuung während der Schulferien, wenn auch allenfalls zeitlich beschränkt auf bestimmte Ferienwochen, bereits gestartet würde und zwar unabhängig vom Voranschlag. Das Anliegen ist in unseren Augen wichtig. Ausserdem ist für uns wichtig, dass beschrieben ist, dass die privaten Anbieter verbindlich bereit sind, öffentlich-rechtliche Vorgaben zur Tarifgestaltung und zu den Qualitätsanforderungen zu erfüllen. Das scheint jetzt mit Leistungsvereinbarungen auch gesichert zu sein.

**Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP):** Die SP-Fraktion wird der beantragten Abstimmung zustimmen, liegt doch ein Bericht des Gemeinderats vor. Etliche Anliegen des Postulats finden auch bei uns Sympathien. Unsere bei der Überweisung ablehnende Haltung hatte ihren Grund in der Forderung nach kostendeckenden Preisen. Sicher sind wir für einen kostengünstigen Betrieb von Kitas und ganz sicher gegen Verschwendung. Das Ziel kostendeckend darf aber unseres Erachtens nicht zulasten der Betreuungsqualität gehen und unsere Bedenken sind immer noch vorhanden. Erstens schreibt uns der Kanton Tarife aufgrund von Normkosten vor. Wir sind aber überzeugt, dass in urbanen Gebieten die Betreibung von guten Kitas mehr kostet als in ländlichen. Es wird wohl einen Grund dafür geben, dass die Gemeinde Köniz, aber auch die Stadt Bern, nicht alles in den Lastenausgleich geben können. Bis anhin werden in der Gemeinde Köniz keine Luxus-Kitas betrieben. Müsste zweitens der Betrieb künftig kostendeckend sein, besteht die Gefahr, dass betreuungsintensive Kinder abgewiesen werden können. Das möchten wir nicht, wäre sozialpolitisch eine Katastrophe und gegen jegliches Konzept, das wir bis jetzt aus dem Hause DBS erhalten haben. Den Kitas fällt eine wichtige Integrationsaufgabe zu und das kostet und muss abgegolten werden.

Wir trauen drittens dem Kanton nicht mehr. Die ungebändigte Sparlust des Grossen Rats lässt befürchten, dass die Tarife vielleicht nicht gesenkt werden, künftig aber nicht den real wachsenden Kosten für die Sicherstellung einer guten Betreuungsqualität angepasst werden. Auch hier haben im letzten November die Könizer Grossräte wacker gemäss ihrer Parteilinie sämtlichen Sparvorschlägen in diesem Bereich zugestimmt.

Fazit: Ja zu kostengünstigen Kitas. Aber kostendeckend als ultimatives Ziel ist eine Fessel für einen Service public, der sich Kita nennt. Wir zweifeln hier, ob die Richtung, die die DBS im vorliegenden Papier einzuschlagen verspricht, in die richtige Richtung geht. Wir werden diese Entwicklung sehr kritisch beobachten.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Zu Hanspeter Kohler: In Punkt 4 haben wir noch nicht vollständig Kontakt zu Betreibern von privaten Kitas aufnehmen können. Die Ressourcen waren noch nicht vorhanden und zudem sind dafür Mittel notwendig. Wir haben aber mit Unternehmen in der Gemeinde Kontakt aufgenommen, um gemeinsame Betreuungsangebote zu schaffen.

Zu Liz Fischli in Bezug auf die Tagesbetreuung während der Ferien: Der Gemeinderat hat die Kosten für die Ferienbetreuung im Budget 2014 aufgenommen und wenn das Budget vom Parlament verabschiedet wird, können wir 2014 damit beginnen. Wir haben aber nicht genügend Mittel für eine flächendeckende Ferienbetreuung eingestellt, sondern wir beginnen mit einem Pilotversuch. Insofern ist dies aufgegleist.

Zu Christoph Salzmann: Der Gemeinderat hat mir einen klaren Auftrag gegeben, die Normkosten des Kantons einzuhalten. Ebenfalls hat er mir Fristen gesetzt und festgehalten, dass ich die Normkosten senken muss. Ich lege dem Gemeinderat Rechenschaftsbericht ab und dies wird wahrscheinlich nicht so einfach möglich sein, weil wir noch an vertragliche Verpflichtungen gebunden sind. Den Auftrag habe ich vom Gemeinderat erhalten.

---

#### **Beschluss**

Das Postulat wird abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

#### **8. 0913 Postulat (SP) "Je früher desto nachhaltiger - Konzept zur Frühförderung von sozial benachteiligten Kindern"**

Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

**Christian Roth (SP):** Was lange währt, wird endlich gut. Unter dieses Motto könnte die Geschichte meines Vorstosses gestellt werden. Im März 2009 reichte ich den Vorstoss ein, heute beraten wir darüber. In den Augen der SP-Fraktion dauerte es doch relativ lange, diesem Kind einen Namen zu geben. Ich erkläre mich mit der Strategie des Gemeinderats sehr zufrieden, der sich für die Einführung eines Angebots zur Frühförderung entscheiden hat. Er stellt dabei ab auf das Konzept „Kind Jugend Familie“, welches das Parlament letztes Jahr zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Er setzt bei der Einführung auf Bewährtes und nutzt gemachte Erfahrungen anderer Gemeinden. Die Stadt Bern, die erfolgreich das Programm „schritt:weise“ einführte, war somit quasi unser Versuchskaninchen. Das Vorgehen für die Einführung des Programms ist zwar offenbar klar vorgegeben, doch macht es in den Augen der SP-Fraktion Sinn, auf ein bewährtes Konzept zu setzen. Mit diesem niederschweligen Angebot erhofft sich die SP-Fraktion Familien und Kinder zu erreichen, welche nicht in der Lage sind, die anderen vielleicht etwas hochschwelligeren Angebote der Familienbildung und der Hilfe für Erziehung nicht in Anspruch nehmen können. Das Programm „schritt:weise“ schliesst eine bereits lange klaffende Lücke, wo benachteiligte Kinder um Unterstützung bitten. Das Angebot ist im Übrigen für die Gemeinde nicht ganz uneigennützig. Wenn es uns gelingt, das eine oder andere Kind dank der Verbesserung seiner Startchancen einer guten Ausbildung und damit guten Chancen im Leben zuzuführen, sind doch erhebliche Kosten für die öffentliche Hand eingespart. Es sei nur in Klammern erwähnt, dass der Kanton hier derzeit in eine andere, völlig falsche Richtung geht. Sparen am falschen Ort kann die nachfolgende Generation sehr teuer zu stehen kommen.

Gar nicht einverstanden erklärt sich die SP-Fraktion mit dem Aber am Schluss des gemeinderätlichen Antrags. Es kann in unseren Augen nicht sein, dass das dringende und wichtige Angebot zur Frühförderung von benachteiligten Kindern auf der Zielgeraden an den Vorgaben eines ausgeglichenen Budgets 2014 scheitert. Die SP-Fraktion erwartet vom Gemeinderat, dass dieses Angebot im Budget 2014 seinen Platz findet.



**Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP):** Die FDP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats und wird das Postulat abschreiben.

Sozial benachteiligte Kinder sollen und müssen entsprechend unterstützt werden, das steht nicht zur Diskussion. Wie man diesen berechtigten Bedürfnissen gerecht werden soll, ist eine andere Frage. In diesem Zusammenhang habe ich eine Bemerkung zu Punkt 5 mit dem Titel „Konkret in Köniz“: Unserer Fraktion ist klar, dass nicht alles zum Nulltarif erhältlich ist. Ich spreche hier von der neu zu schaffenden Stelle „Leitung des Teams der Hausbesucherinnen“. Das Stellenprofil ist im Bericht relativ genau erklärt. Für die FDP-Fraktion ist das Team der Hausbesucherinnen wirklich das A und O und sehr wichtig. Wir denken, dass hier an der Front investiert werden soll. Leitungsfunktionen im BackOffice in diesem Bereich hinterfragen wir prinzipiell etwas stärker, gemäss dem Motto, dass eigentlich genügend Häuptlinge vorhanden sind. Es braucht jedoch Indianer, die den Bedürfnissen an der Front wirklich gerecht werden. Wir machen beliebt, dies gegebenenfalls nochmals zu überprüfen.

**Fraktionssprecherin Barbara Thür (GLP):** Auch die CVP/EVP/GLP-Fraktion findet das Anliegen wichtig. Dass nun zuerst die Frühförderung von sozial benachteiligten Kindern ins Auge gefasst wird, ist sehr wichtig. Vorbeugen ist aus unserer Sicht immer besser und billiger als heilen. Obwohl sich ein solcher Mehrwert schwer in Zahlen festzuhalten lässt, wie es halt im Bereich der Prophylaxe immer ein Problem ist, sind wir der Ansicht, das Projekt nicht unver sucht zu lassen. Wir sehen aber ein, dass ein solches Projekt in nächster Zeit nur bei einem ausgeglichenen Budget eine Chance auf Realisierung hat. Sollte dies 2014, eventuell auch 2015, nicht der Fall sein, appellieren wir deshalb an den Gemeinderat, das Projekt trotz Abschreibung nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Wir stimmen der beantragten Abschreibung zu, werden aber den Verlauf des Projekts im Auge behalten.

**Fraktionssprecherin Liz Fischli-Giesser (Grüne):** Die Fraktion der Grünen Köniz begrüsst sehr, dass der Gemeinderat sich entschieden hat, die Frühförderung anzupacken, wie er dies bereits im Konzept „Kind, Jugend, Familie“ vorgeschlagen hat. „primano“ und „schritt:weise“ sind anerkannte und evaluierte Projekte. Es ist in unseren Augen gut, dass der Gemeinderat dort einsteigt. Die zusätzlichen Stellenprozente für die vermutlich nötige Koordinations- und Verwaltungsstelle im Zusammenhang mit der Umsetzung der Hausbesuchsprogramme stehen aber auch in diesem Geschäft wieder unter dem Budgetvorbehalt. Das gefällt uns nicht, weil wir es wichtig finden, dass dieses Projekt gestartet werden kann. Dies unabhängig eines ausgeglichenen Budgets, wir aber auf ein solches hoffen.

Das kantonale Konzept für frühe Förderung, das vom Grossen Rat verabschiedet worden ist, zeigt überzeugend, dass Frühförderung entscheidend ist für Chancengleichheit, für den späteren Bildungserfolg, für Gesundheit und ein geringeres Armutsrisiko. Diese Investitionen sind gut eingesetzt und nachhaltig. Sie wirken sich auch volkswirtschaftlich positiv aus, das zeigen genügend Studien auf. Auch Gemeinderat Ueli Studer hat in der ersten Debatte 2009 betont, wie wichtig es ist, früh eingreifen zu können, weil die Folgekosten sonst immens sind. Die Kinder sind nicht schuld an ihrer Situation und brauchen als Schwächste in unserer Gesellschaft unter Umständen unsere Unterstützung. Wir können etwas für diese Chancengleichheit tun. Genauso wie das Parlament eine halbe Million Franken an Mitteln für die Unterstützung von Jugendlichen aufbringt, die die Spezsek Lerbermat besuchen können, genauso hoffe ich, ist das Parlament bereit, viel weniger – 145'000 bis 178'000 Franken pro Jahr – für die Frühförderung aufzubringen. Wir wünschen deshalb, dass das Projekt ohne Budgetvorbehalt gestartet werden kann. Wir begrüssen das Vorgehen des Gemeinderats, dass er, wie von der Fachstelle Prävention vorgeschlagen, gemeindeübergreifend mit der Fokussierung auf Familien von drei bis vier Kulturkreisen startet. Eine Rückfrage: Welches sind die drei bis vier Kulturkreise?

Die Fraktion der Grünen wird der beantragten Abschreibung zustimmen.

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** Eine Ergänzung: Die SP-Fraktion wird der beantragten Abschreibung zustimmen.

Zu Hanspeter Kohler: Ich bin der Meinung, dass dieses Projekt unbedingt eine Leitung braucht. Stellen wir uns vor, dass wir nach den Wahlen im November ohne Gemeindepräsidentin oder Gemeindepräsidenten dastehen, d. h. der Gemeinderat hat keine Führung mehr und ist entscheidungsunfähig. Aus dieser Sicht macht es Sinn, hier in Koordination und Leitung zu investieren.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Mit Ihren Voten in Bezug auf die Frühförderung erkläre ich mich einverstanden. Ich hatte die Möglichkeit die Programme primarno und schrittweise nahe zu betrachten. Auch im Grossen Rat wurde darüber informiert. Wir müssen somit in diesem Bereich nicht etwas Neues erfinden, sondern können hier von bereits Bewährtem profitieren. Wir müssen aber in unserer Verwaltung für eine gute Koordination sorgen. Zu Hanspeter Kohler: Der Gemeinderat wird die Stellenschaffung auf jeden Fall prüfen, denn jede Stellenschaffung muss dem Gemeinderat vorgelegt und begründet werden.

Zu Barbara Thür und Liz Fischli-Giesser: Sie wünschen beide, dass das Projekt gestartet wird, auch wenn das Budget 2014 nicht verabschiedet wird. Im Budget 2014 sind Mittel dafür eingestellt. Die Transferkosten, welche uns der Kanton nun aufgebrummt hat, sind nicht unwesentlich und wir werden hier einen Schachzug vornehmen müssen. Ich bitte, dass das Parlament bei der Budgetdebatte hinter all den nun angebrachten Anträgen steht, wie auch bei den uns nun aufgebrummt Transferkosten. Das alles muss im Gesamtkontext gesehen werden. Die Frage von Liz Fischli, um welche drei oder vier Kulturkreise es sich handelt, beantworte ich an der nächsten Parlamentssitzung.

---

### **Beschluss**

Das Postulat wird abgeschrieben.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

### **9. 1001 Postulat (SP) "Open Sunday - Midnight-Sports: die offene Turnhalle für Kinder und Jugendliche"**

Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

**Markus Willi (SP):** Am 23. September 2012 erklärte sich die damalige SP-Parlamentarierin, die Verfasserin des Postulats, Anna Mäder, ganz und gar nicht zufrieden von der Antwort des Gemeinderats und liess kaum ein gutes Haar am damals vorliegenden Bericht. Erhalten haben wir letzten Herbst im Wesentlichen eine Zusammenfassung des Leistungsauftrags der jak (Jugendliche aktiv Köniz), verbunden mit einer Auflistung der Spiel- und Sportangebote der Gemeinde, die öffentlich von Familien und Kindern genutzt werden können. Am meisten kritisierte die Postulantin letzten September jedoch, dass niemand von der Gemeinde es als notwendig hielt, Kontakt mit der Stiftung idee:sport aufzunehmen, um das Postulat ernsthaft zu prüfen. Dieses an Überheblichkeit grenzende Selbstverständnis wurde vom Parlament mit Recht nicht goutiert. Die vom Gemeinderat beantragte Abschreibung ist mit offensichtlichem Mehr abgelehnt und der Bericht an die DBS zur Überarbeitung zurückgesandt worden.

Heute, ein Jahr später, präsentiert sich der nachgelieferte Bericht von einer völlig anderen Seite. Eine Kontaktaufnahme mit der Stiftung idee:sport hat stattgefunden, es fand ein Know-how-Transfer statt und die Stiftung idee:sport durfte für die ersten zwei Projekte offerieren. Zudem und das ist wahrscheinlich der wichtigste Punkt, reifte die Erkenntnis bei der DBS, dass mit den beiden Projekten Midnight Sport und Open Sunday bestehende Angebotslücken im Präventionsbereich der Gemeinde Köniz geschlossen werden können und dass das bereits bestehende Freizeit- und Sportangebot der Gemeinde, das mit Sicherheit eine sehr starke Wirkung im präventiven Bereich hat, nicht im Geringsten konkurrenziert wird. Dass sich der Gemeinderat nun dazu entschieden hat, Midnight Sports unter der Trägerschaft der Fachstelle Prävention, Kinder- und Jugendarbeit, in Zusammenarbeit mit dem Jugendparlament – deren Vertretung heute Abend zuhört –, bereits im nächsten Winter als Pilotversuch im Hessgut starten zu lassen, freut unsere Fraktion ausserordentlich. Es zeigt auf, dass der Gemeinderat seinerseits gewillt ist, die Verantwortung bei den Jugendlichen zwischen 13 und 18 Jahren im Bereich der Gesundheits- und Bewegungsförderung und der sozialen Integration wahrzunehmen. Es zeigt andererseits auf, dass Prävention nicht kostenfrei zu haben ist. Wäre dem so, hätte irgendjemand anderes längst ein cleveres Geschäftsmodell in der Gemeinde umgesetzt. Nicht zuletzt wird hier auch aufgezeigt, dass es sich für Parlamentsmitglieder lohnt, hartnäckig zu bleiben und auf eine seriöse Prüfung eines Vorstosses zu bestehen.

Die SP-Fraktion dankt der DBS für die nun im zweiten Anlauf seriöse Behandlung und Prüfung des Anliegens und im Besonderen Stephan Schüegg von der Fachstelle Prävention, Kinder- und Jugendarbeit für die Ausarbeitung des vorliegenden Berichts. Wir hoffen nun sehr, dass die Durchführung des Pilotprojekts nächsten Winter erfolgreich verläuft und sind gespannt, hier von der Auswertung des Projekts wieder zu hören.

Auch auf das Ergebnis der Prüfung über die Aufnahme des Projekts Open Sunday, das im Rahmen der Erweiterung der Kinder- und Jugendarbeit auf die Altersgruppe 6 bis 12 Jahre nächstes Jahr ins Rollen gebracht werden soll, sind wir sehr gespannt. Wir stimmen unter den gegebenen Umständen der beantragten Abschreibung des Postulats sehr gerne zu.

**Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP):** Die FDP-Fraktion steht einem Sportangebot für Jugendliche sehr positiv gegenüber. Die Hauptverantwortung der Gemeinde liegt in der Bereitstellung der Infrastruktur. Das ist insbesondere dann sinnvoll, wenn bereits teure Infrastruktur vorhanden ist, die in Randzeiten ungenutzt bleibt. Genau das ist bei Open Sunday – Midnight Sports der Fall. In dem Sinn stehen wir auch der Durchführung eines Pilotversuchs positiv gegenüber. Wir tun uns jedoch schwer damit, dass der Gemeinderat bereits vor der Auswertung des Pilotversuchs bekannt gibt, dass er Midnight Sports in den kommenden Jahren weiter anbieten will. Wenn er dies will, muss kein Pilotversuch durchgeführt werden. Weiter tut sich die FDP-Fraktion schwer damit, dass die Gemeinde die Hauptlast tragen soll. Die Gemeinde muss anstreben, dass die Trägerschaft von einem privaten Verein übernommen werden könnte. So gut wir das Angebot als Idee finden, kann es nicht sein, dass damit langjährige Vereine, die unzählige Stunden an Freiwilligenarbeit leisten, gegenüber einem solchen Angebot benachteiligt werden.

Auch hier sind die Kosten ein Punkt, besonders vor dem Hintergrund, dass der Gemeinderat aufgrund der aktuellen Finanzlage bei den Vereinen gerne noch weiter sparen möchte. Wir sind der Meinung, dass es diesen Vereinen gegenüber nicht korrekt ist, wenn hier ein solches Zeichen gesetzt wird. Es hat auch einen gewissen symbolischen Charakter, wenn hier investiert und Geld ausgegeben wird, gleichzeitig wird aber bei den Vereinen geknausert.

Wir bitten um Kenntnisnahme unserer Kritikpunkte und werden der beantragten Abschreibung des Postulats einstimmig zustimmen.

**Fraktionssprecher Markus Rickli (Grüne):** Aus der Sicht der Fraktion der Grünen lohnte sich die Nichtabschreibung des Vorstosses letzten September. Der Gemeinderat hat in der Zwischenzeit erkannt, dass er hier selber aktiv sein und dies nicht den Vereinen oder anderen Institutionen überlassen soll und engagiert sich hier stichhaltig finanziell. Der Fokus auf die Altersgruppe 13 bis 20 Jahre, so haben Untersuchungen ergeben, ist sinnvoll. Wir unterstützen, dass hier niederschwellige Angebote für die Teilnahme von Jugendlichen vorhanden sind. Die Kosten sind in unseren Augen in Ordnung. Wir sind grundsätzlich für die Förderung der Aktivitäten von Jugendlichen, sei dies in Vereinen oder mit solchen Angeboten. Auch wir sind der Meinung, dass eine Auswertung des Pilotversuchs wichtig ist. Die Bedürfnisse der Jugendlichen sollen bei solchen Angeboten abgeklärt werden. Es kann nicht sein, dass zwar Angebote bestehen würden, die aber nicht genutzt werden. Die Nutzung des Angebots ist für unsere Fraktion ein zentraler Punkt.

Die Fraktion der Grünen wird der beantragten Abschreibung des Postulats zustimmen.

**Fraktionssprecher Patrik Locher (EVP):** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Es ist wie Sunday und Midnight. Die uns vorliegende Antwort stimmt uns zufrieden und rückt den Ärger über die letzte Antwort in den Hintergrund. Die Gemeinde hat die beiden Projekte dieses Mal wirklich geprüft und kommt zum Schluss, dass à priori das Projekt Midnight Sports in Köniz durchgeführt werden soll. Ein Projekt, das den Fokus auf junge Menschen im Teenageralter legt. Aus unserer Sicht ist ganz wichtig, Jugendlichen in diesem Alter ein solches Angebot zur Verfügung zu stellen. Wenn junge Personen aktiviert werden, können sie später das zurückgeben, was sie einst erhalten haben. Dies vielleicht in Form der Unterstützung dieses Projekts, wenn sie älter sind oder in irgendeiner anderen Form. Von nichts kommt nichts, dem müssen wir uns bewusst sein und dort Projekte starten wo es notwendig ist.

Dass das Sportangebot für jüngere Kinder in der Gemeinde gut ist, und deshalb nun zuerst Midnight Sports durchgeführt werden soll, können wir verstehen und begrüßen den eingeschlagenen Mittelweg. Besonders freut mich, dass die Zusammenarbeit mit dem Jugendparlament hervorragend klappt. Beim letzten Treffen vereinbarten wir, wer an welchem Abend helfen geht. Die Mitglieder des Jugendparlaments sind somit topmotiviert, bei diesem Projekt mit anzupacken, um diesem zum Erfolg zu verhelfen.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird der beantragten Abschreibung zustimmen.

**Fraktionssprecher Philippe Guéra (BDP):** Die BDP-Fraktion wird der beantragten Abschreibung zustimmen und dankt dem Gemeinderat für die ergänzenden Ausführungen und Kostenberechnungen.

Auch wir begrüßen die Durchführung eines Pilotversuchs, der aber zeigen wird, ob erstens tatsächlich ein Bedürfnis besteht, das eine solche Organisation rechtfertigt, ob zweitens eine verlässliche Trägerschaft gefunden werden kann und ob drittens die effektiven Kosten als verhältnismässig erscheinen. Die BDP-Fraktion wird eine Ausweitung des bereits bestehenden guten bis sehr guten Sportangebots der Gemeinde Köniz nur bei einem dauerhaft ausgewiesenen Bedürfnis befürworten. In Bezug auf das Angebot Open Sunday werden wir gespannt auf das Ergebnis der Prüfung durch das dannzumal zuständige Gemeinderatsmitglied im kommenden Jahr warten.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich danke, dass Sie die Beantwortung des Gemeinderats positiv aufnehmen und die Abschreibung nicht mehr umstritten ist. Auch der Gemeinderat kann sich verbessern, ohne dass man – wie vorgefallen – die erste Antwort quasi in der Luft zerplückt. Der Gemeinderat hört gerne zu. Ich halte hier auch fest, dass in Bezug auf Sportangebote für Jugendliche einiges geleistet wird. Bei den vorliegenden handelt es sich um neue Angebote, die nun einzuführen gewünscht werden. Zum Teil wurden Hallen bereits am Sonntag für Sportangebote geöffnet. Nach einer intensiven Prüfung haben wir gemäss Ihrem Willen die Ausarbeitung eines Angebots an die Hand genommen. Ich bin froh, dass das vorliegende Projekt von Ihnen gut aufgenommen wird.

Die Aufgabe ist freiwillig, auch hier geht es in dieselbe Richtung wie bei den beiden vorangehenden Traktanden: Im Budget 2014 sind Mittel dafür eingestellt und Sie werden im November entscheiden, ob die Angebote weitergeführt werden können.

Zu Bernhard Bichsel, der gesagt hat, dass der Gemeinderat bereits vor der Auswertung des Pilotversuchs bekannt gebe, weiterzufahren. Das ist nicht die Absicht des Gemeinderats, sondern wir werden nur dann weiterfahren, wenn die Auswertung des Pilotversuchs positiv ausfallen wird.

Eine Zusammenarbeit mit dem Jugendparlament und der Jugendarbeit ist immer gut, sie steht und fällt jedoch immer mit den daran Beteiligten. Nun sind engagierte Personen vorhanden und wir werden schauen, ob sich das weiterziehen lässt. Wenn sich das Bedürfnis beim Pilotversuch als nicht vorhanden zeigt, kann das Angebot sistiert werden.

---

### **Beschluss**

Das Postulat wird abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

### **10. 1021 Postulat (SP Köniz) "Köniz innovativ: eine Jobbörse von und für Jugendliche in Köniz"**

Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

**Christian Roth (SP):** Oft schon haben mich Jugendliche gefragt, wie sie zu einer stundenweisen Anstellung gegen Entschädigung kommen könnten, um ihr Sackgeld etwas aufzubessern. Ich komme nicht aus der Temporär Branche und war deshalb mit meinen Anregungen jeweils rasch am Ende meines Lateins. Als ich von der Möglichkeit einer Jobbörse von und für Jugendliche hörte, war ich begeistert. Der Ansatz nimmt die Anliegen der Jugendlichen auf und macht sie zugleich zu Akteuren des Geschehens. Die SP-Fraktion diskutierte das Vorgehen des Gemeinderats und begrüsst die Einrichtung einer Jobbörse von und für Jugendliche. Mit einer solchen Jobbörse kann eine Drehscheibe geschaffen werden, zwischen dem Bedürfnis nach Verdienst und Anerkennung der Jugendlichen und dem Angebot an bezahlter Arbeit aus der Bevölkerung. Das Konzept setzt in den Augen der SP-Fraktion auf der richtigen Ebene an und bringt die verschiedenen Generationen auch miteinander in Kontakt. Auch die finanziellen Aufwendungen für die Gemeinde sprechen für das geplante Vorgehen. Es sind jährlich nur wenige Tausend Franken notwendig, um das Angebot auf die Schiene zu bringen und zu halten. Auch hier können wir einmal mehr von den Erfahrungen anderer Gemeinden und von Pro Juventute profitieren. Mit der Pro Juventute wird richtigerweise auch der Kontakt und die Zusammenarbeit beim Aufbau des Angebots gesucht.

Nicht zuletzt ist zu erwähnen: Wenn das Angebot tatsächlich in den Räumen des Jugendtreffs Liebefeld angesiedelt wird, wird dieser etwas belebter sein. Die SP-Fraktion hat immer noch den Eindruck, dass der Jugendtreff relativ wenig genutzt wird, vor allem angesichts der doch teuren Investitionen.

Die SP-Fraktion wird der beantragten Abschreibung des Postulats zustimmen.

**Fraktionssprecher Patrik Locher (EVP):** Je älter ich werde desto mehr habe ich ab und zu nostalgische Momente. So habe ich mich z. B. bei der Lektüre des vorliegenden Berichts an meinen ersten Job erinnert. Damals habe ich alle paar Wochen bei Peter Deutsch – ein ehemaliges Parlamentsmitglied – zuhause den Rasen gemäht. Diese Erfahrung war gut für mich und führte mich in die Welt der Verantwortung und Zuverlässigkeit, denn schliesslich war ich dort der Herr über den Rasen und wollte diese Aufgabe bestmöglich erfüllen.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des Vorstosses und unterstützt ihn im Vorhaben, eine solche Jobbörse in der Gemeinde Köniz einzurichten. Sehr schön ist in unseren Augen, dass schon nur durch die Schaffung einer solchen Jobbörse Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche entstehen. Natürlich ist wichtig, dass das Angebot nach einer gewissen Zeit ausgewertet wird, was der Gemeinderat nach zwei Jahren vorsieht. In der CVP/EVP/GLP-Fraktion sind noch skeptische Stimmen vorhanden, die sich fragen, ob das Ganze denn auch funktionieren kann. Ich hätte diese Jobbörse auf jeden Fall in Anspruch genommen und bin überzeugt, dass viele Jugendliche davon profitieren werden.

**Fraktionssprecher Markus Plüss (Grüne):** Auch die Fraktion der Grünen findet die Schaffung einer Jobbörse für Jugendliche eine gute Idee. Und so wie sie aufgegleist ist, bin ich der Meinung, wird sie funktionieren. Die Jugendlichen werden das Angebot nutzen. Ein Problem könnte jedoch die Nachfrage sein. In meinen Augen müsste diese jedoch in der Gemeinde Köniz mit so vielen Einfamilienhäusern vorhanden sein. Es muss genügend Werbung betrieben werden, um den Leuten klarzumachen, dass Jugendliche vorhanden sind, die froh um solche Arbeiten sind und diesen auch vertraut werden kann. Im Internet bin ich auf ein Angebot in Bümpliz gestossen, wo Jugendliche Einkäufe gratis nach Hause getragen haben, um auf ihre Angebote aufmerksam zu machen.

Die Grünen werden der beantragten Abschreibung zustimmen.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich danke für die gute Aufnahme des Berichts des Gemeinderats. Ich halte hier fest, dass wir von 1995 bis ca. 2005 das so genannte „Wochenplatzangebot“ führten. Das wurde damals durch den Frauenverein Köniz geführt. Weil aber weder das Angebot noch die Nachfrage gross vorhanden waren, wurde das Wochenplatzangebot aufgelöst. Nun gehen wir das Ganze wieder an und starten einen neuen Versuch. Nach zwei Jahren werten wir erneut aus. Zu Markus Plüss: In der Gemeinde Köniz gibt es viele Einfamilienhäuser, wie auch viele ältere Personen, die wirklich gerne solche Angebote in Anspruch nehmen. Es bestehen aber bereits viele andere Angebote, wie z. B. von den Beschäftigungsprogrammen oder vom NAK, die sich ebenfalls fürs Rasenmähen usw. anbieten.

Nach der Auswertung werden wir Ihnen mitteilen, ob die Jobbörse weitergeführt werden kann oder nicht.

Ich bitte, der Abschreibung des Postulats zuzustimmen.

---

## Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

## 11. 1104 Richtlinienmotion (SP Köniz) "AKW Mühleberg sofort stilllegen!"

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Dieser Vorstoss hat den Charakter einer Richtlinienmotion. Das Anliegen der Motion ist erfüllt und nach der gehaltenen Diskussion kann die stillschweigende Abschreibung festgestellt werden.

**Martin Graber (SP):** Sechs Nationalräte und ein Regierungsrat aus sechs verschiedenen Parteien haben vor kurzem die Region um Fukushima besucht. Die Medien haben darüber berichtet. Eine ihrer Schlussfolgerungen und gleichzeitig Titel im Bund war: „Dieses Restrisiko können wir uns nicht leisten.“ Wir leben in der Gemeinde Köniz in unmittelbarer Nähe zum AKW Mühleberg. Der Reaktor ist alt und hat seine Lebensdauer längst schon überschritten. Im Kernmantel bestehen Risse, die Erdbebensicherheit des Staudamms ist nicht gegeben. Viele Fragen in Bezug auf die Sicherheit sind leider immer noch offen. Der Schrottreaktor Mühleberg gehört abgeschaltet. Was ein Unfall in einem AKW für die Bevölkerung bedeutet, können wir uns nicht vorstellen. Die Parlamentarier, welche die Region Fukushima besuchten, schilderten ihre Erfahrungen eindrücklich. Ich hoffe – wie sicher wir alle – dass wir solches hier nie auch nur ansatzweise erleben müssen.

Ich danke dem Gemeinderat, dass er sich im Sinn der Motion bei den verantwortlichen Stellen von Bund, Kanton und der BKW selber deutlich für die Stilllegung des AKW Mühleberg eingesetzt hat. Das Wort Restrisiko verschleiern die Sache etwas, denn was ist der Unterschied zwischen einem Risiko und einem Restrisiko, wenn ein Unfall passiert? Risiko ist Risiko. Das AKW Mühleberg stellt für uns ein Risiko dar, das wir uns nicht leisten dürfen.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Man kann für oder gegen solche „Pösteler-Motionen“ sein, die Antwort die der Postbote mit seinen Briefen gebracht hat, ist in jedem Fall interessant. Wir erklären uns mit dem Einsatz der Gemeinde zufrieden, auch wenn das AKW Mühleberg nicht stillgelegt worden ist. Die Briefe zeigen auf, dass niemand zuständig ist für die Abschaltung, alle schieben die Verantwortung weiter bis hin zum ENSI (Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat), das bis anhin alle Augen ziemlich fest zudrückte. Bereits vor mehr als 10 Jahren wurde das AKW aufgrund eines Kernmantelschadens abgeschaltet. Die BKW ist einmal mehr falsch beraten worden und hat damals erklärt, dass dank des AKW Mühleberg anlässlich des Lothar-Sturms genügend Strom vorhanden gewesen sei. Wir wissen alle, dass die Gemeinde Köniz tagelang keinen Strom hatte. Allein schon das Kostenargument ist heutzutage ganz klar ausschlaggebend: An der Strombörse kann in Deutschland bis 2018 Grundlaststrom für 4,5 Rappen eingekauft werden, was deutlich weniger als die Kosten – noch ohne grosse Sanierungen oder Stilllegungsfonds – in Mühleberg sind. Das AKW wird jedoch so lange betrieben, bis die BKW die Stromkosten nicht mehr auf uns überwälzen kann, d. h. bis zum Vorhandensein eines liberalisierten Strommarkts oder so lange bis das ENSI damit beginnt, seine Aufgabe wahrzunehmen.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich bin froh, dass die Votanten anerkennen, dass wir die Motion erfüllt haben. Wir sind mit dem Anliegen an Bund, Kanton und BKW gelangt. Diese Instanzen haben das Anliegen gemäss der Auffassung des Gemeinderats ernst genommen, sind jedoch gegen eine sofortige Stilllegung. Liest man die Antworten von Bund, Kanton und BKW, herrscht Einigkeit darüber, dass das AKW Mühleberg in absehbarer Zeit effektiv abgestellt werden wird. Im Übrigen wird sich die Könizer Stimmbevölkerung, zusammen mit der kantonalen, bald wieder dazu äussern können: Zur Initiative „Mühleberg vom Netz“ und zum Gegenvorschlag dazu.

Die Hauptargumente des Gemeinderats für seinen Einsatz für eine schnelle Stilllegung des AKW Mühleberg ist das Risiko, das in einer solchen Katastrophe wie in Fukushima unser Gemeindegebiet auf Jahrzehnte hinaus zur einer No-go-Area würde. Das hat die von Martin Graber erwähnte Parlamentarier-Reise nach Fukushima gezeigt. Mit Ausnahme der SVP waren alle Parteien vertreten, die mit Bezug auf das Restrisiko und seine Folgen in der Kernenergie eine heimatmüde Attitüde an den Tag legt. Die Risiken sind zwar klein, aber das Beispiel Fukushima zeigt, dass auch in einem hoch entwickelten Land, in dem die Qualität und die Sicherung von Prozessen zuoberst in der Agenda stehen und dessen Gesellschaft diesbezüglich als muster-gültig gilt, eine Verkettung von technischen Problemen zusammen mit menschlichem Versagen zu solchen Katastrophen führen kann. Das Risiko ist da und wenn man sich die Folgen für die Gemeinde Köniz vor Augen führt, gab dies den Ausschlag für den Gemeinderat in der aktuellen Zusammensetzung, sich für die sofortige Stilllegung des AKW Mühleberg einzusetzen. Wir handeln im Übrigen auch nicht einfach so freischwebend und ohne Rückendeckung, das blieb Ihnen nicht verborgen. Denn die Könizer Bevölkerung steht mehrheitlich hinter uns und hat sich im November 2011 gegen den Ersatz des AKW Mühleberg ausgesprochen. In dem Sinn war dies bereits vor Fukushima ein klarer Fingerzeig, dass die Stimmbevölkerung hier eine sehr kritische Haltung einnimmt und sich auch Sicherheitsüberlegungen macht.

Der Gemeinderat hat Stellung genommen und die Antwort erhalten. Damit ist der Vorstoss in dem Sinn von der Traktandenliste weg. Ich halte hier jedoch fest, dass der Gemeinderat sich weiterhin dafür einsetzen wird, dass das AKW Mühleberg so rasch als möglich stillgelegt wird.

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Der Vorstoss hat gemäss Art. 62 Abs. 2 des Geschäftsreglements des Parlaments den Charakter einer Richtlinie und weil das Anliegen der Motion erfüllt ist, wird die stillschweigende Abschreibung festgestellt.

## **12. 1224 Motion (SP Köniz, Hugo Staub, Annemarie Berlinger-Staub) "Ärztzentren für Köniz"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Hugo Staub (SP):** Der drohende Ärztemangel schaffte es in letzter Zeit immer wieder in die Schlagzeilen. Dieses Thema ist in meinen Augen vor allem dann heikel, wenn es sich um einen drohenden Mangel an Hausärzten handelt, weil diese in der medizinischen Grundversorgung flächendeckend eine sehr wichtige Rolle spielen. Hausärzte zählen wahrscheinlich zu den effizientesten Playern im Gesundheitswesen; sie lösen 90 Prozent ihrer Fälle ohne den Beizug von Spezialisten und Spitälern. Das kann der Antwort des Gemeinderats entnommen werden. Hausärzte sind gut erreichbar, kennen ihre Patienten und deren Umfeld, betreuen sie über eine sehr lange Zeit und kümmern sich um die Nachbetreuung nach Spitalaufenthalten. Sie kennen somit die Gesundheits- oder Krankheitsgeschichte und alle Behandlungen, die bei Spezialisten oder in Spitälern vorgenommen wurden. Niemand sonst im Gesundheitsapparat verfügt über eine solche Perspektive auf einen Patienten. Eine gute lokale Grundversorgung mit Hausärzten hat deshalb sehr viele Vorteile für die Patienten und ihre Angehörigen. Sie hat auch einen kostendämpfenden Effekt im Gesundheitswesen, weil Hausärzte ihre Leistungen sehr kostengünstig erbringen. Eine funktionierende, gute Grundversorgung mit Hausärzten ist durchaus ein Faktor der Standortattraktivität einer Gemeinde.

Entsprechend gross wäre der Schaden, wenn diese Grundversorgung nicht mehr bestehen würde. Das war meine Motivation für die Einreichung des Vorstosses. Ich danke Gemeinderat Ueli Studer für seine Antwort für die Übersicht über die Studie, die auf kantonaler und Bundesebene vorhanden ist. Ich habe den Eindruck, dass Konsens darüber besteht, dass die Aufrechterhaltung einer bevölkerungsnahen medizinischen Grundversorgung durch Hausärzte auch für die Gemeinde Köniz nicht eine Selbstverständlichkeit ist und dass, wenn eine schlechte Entwicklung in Gang käme, dem nicht nur zugeschaut werden sollte. Unter dem Titel „Situation in Köniz“ schildert der Gemeinderat, wie die Idee eines medizinischen Versorgungszentrums zustande kam und an was sie – mindestens vorerst einmal – gescheitert ist. Die Idee entstand im Zusammenhang mit der drohenden Schliessung des Ziegler-Spitals, die – zumindest für den Moment – vom Tisch ist. Dazu Folgendes: Auch Spitäler leisten einen wichtigen Beitrag zur medizinischen Grundversorgung. Wenn man sich jedoch überlegt, welche Strategie nach einer allfälligen Spitalschliessung möglich ist, ist nicht gesagt, dass diese gleichzeitig hilft, einen Mangel an Hausärzten in der Gemeinde Köniz bekämpfen zu können. Ich bin der Meinung, dass dieser Schluss durchaus auch aus der Reaktion der Hausärzte selber auf das Projekt medizinisches Versorgungszentrum gezogen werden kann. Sie konnten zumindest bisher nicht dazu gewonnen werden und es ist die Rede davon, dass viele eher von Doppel-Vierer-Praxen ausgehen, die einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der medizinischen Grundversorgung leisten könnten. Das wären dann quasi „Mini-Ärztzentren“. Bei der Verfassung meines Vorstosses stellte ich mir solche kleineren Versorgungsstrukturen vor und nicht Ersatzmassnahmen aufgrund einer allfälligen Schliessung eines Spitals.

In diesem Sinn bin ich sehr einverstanden mit der Antwort des Gemeinderats, was die Spitalfragestellung anbetrifft. Ich habe in meinem Vorstoss vielleicht etwas zu wenig klar darauf hingewiesen, wie wichtig mir der Aspekt der Hausarztversorgung ist.

Summa summarum halte ich fest, dass ich der Umwandlung in ein Postulat zustimme. Ich wäre jedoch sehr froh, wenn der Gemeinderat in seinem Bericht entsprechend meiner Hauptsorge, was die hausärztliche Grundversorgung betrifft, Auskunft gibt über die aktuelle Situation, wo allenfalls bereits heute Lücken im Versorgungsnetz bei den Hausarztpraxen zu entstehen drohen und was die Gemeinden grundsätzlich unterstützend leisten können. Was haben andere Gemeinden bereits getan und welche Schlüsse können daraus gezogen werden? Welche konkreten Massnahmen könnten in näherer Zukunft in der Gemeinde Köniz notwendig werden, um einem solchen Mangel rechtzeitig entgegenwirken zu können? Die räumliche Differenzierung ist bei der Behandlung des Anliegens sicher ein wichtiges Thema. Es kann gut sein, dass die sich heute präsentierende Situation und wie sie sich in den städtischen Teilen der Gemeinde Köniz entwickeln könnte, nicht dieselbe ist wie in der oberen Gemeinde oder im Wangental.

Um diese Themen weiter auszuleuchten, bin ich sehr froh, wenn Sie der Erheblicherklärung des Postulats zustimmen. Damit könnten die Ergebnisse der Abklärungen durch den Gemeinderat abgewartet werden und es besteht die Möglichkeit, einen guten Zeitpunkt nicht zu verpassen, etwas tatsächlich Sinnvolles zugunsten der Aufrechterhaltung und Sicherung der medizinischen Grundversorgung durch Hausärzte zu leisten.

**Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP):** Anlässlich deines Lobes an die Hausärzte – was ich grundsätzlich richtig finde – kam mir in den Sinn, ob dies nicht zu etwas Ähnlichem führt wie der Steuerwettbewerb. Hier kämpfen Kantone und Gemeinden untereinander, möglichst gute Anreize zu schaffen, damit Wohlhabende in den Kanton oder die Gemeinde ziehen. Die Gemeinde Köniz soll hier nun dafür kämpfen, dass die wenigen Hausärzte dann möglichst hierher ziehen. Die Angelegenheit muss jedoch etwas differenzierter betrachtet werden. Wir können uns zuerst fragen, was die grundsätzliche Zielrichtung des Vorstosses ist und welche Fragen beantwortet werden müssen. Wir müssen die Frage beantworten, wie sich der Gesundheitsmarkt entwickelt und ob die Gemeinde Köniz Anreize schaffen soll, damit die Bevölkerung keine Nachteile gegenüber anderen erleiden muss. Bei der Betrachtung der Fakten, müsste man festhalten, wie viele Hausärzte in der Gemeinde Köniz tätig sind. Dies hängt jedoch sehr stark von den bildungspolitischen Richtlinien des Bundes ab und weniger von den Entscheidungen der Gemeinde Köniz. Wir wissen gleichzeitig, dass vermehrt Ärztezentren entstehen. Wir wissen auch, dass die Wege für die Patienten länger werden. Wir wissen gleichzeitig, dass sich die Gemeinde Köniz – mit 40'000 Einwohnenden und zentrumsnah – geographisch gesehen für die Gesundheitsversorgung in einer guten Lage befindet. Was wir nicht wissen, ist wie viele Hausärzte schlussendlich den Entscheid treffen, in die Gemeinde Köniz zu ziehen. Es kann aber erwartet werden, dass der Markt in Bezug auf die Ärztezentren spielen wird. Wir wissen auch, dass die politischen Anreize, die auf verschiedenen Stufen gegeben wurden, bisher von zweifelhaftem Erfolg waren. Wir wissen auch, dass einer Reihe Ärzte an und für sich die Unterstützung, welche die Gemeinde Köniz z. B. mit der Zurverfügungstellung von günstigen Lokalisationen bieten könnte, durchaus willkommen wäre.

Das führte in unserer Fraktion zu einer nicht ganz einstimmigen Haltung. Die Mehrheit der CVP/EVP/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass hier zurzeit nichts unternommen werden muss. Letztlich handelt es sich um eine Frage der Priorität der freiwilligen Aufgaben der Gemeinde Köniz und das Anliegen überschreitet diese Schwelle zurzeit nicht. Deshalb werden wir der Erheblicherklärung des Postulats nicht zustimmen.

**Fraktionssprecher Ulrich Witschi (BDP):** Das Thema ärztliche Versorgung ist wichtig und gehört in das Beobachtungsspektrum des Gemeinderats. Die BDP-Fraktion wird der Erheblicherklärung des Vorstosses nicht zustimmen.

Weshalb: Erstens sind wir vor allem aus grundsätzlichen Überlegungen heraus der Meinung, dass die Grundversorgung im privatwirtschaftlichen Bereich bleiben soll. Punktuelle Massnahmen in diesem Bereich – ohne die Betrachtung des Gesamtsystems – sind keine zielführenden Verbesserungsansätze. Zweitens sind im Bericht Massnahmen erwähnt, dass z. B. Standortförderungen bereits früher vorgenommen worden sind. Notabene: Das so genannte Wartegeld ist im tierärztlichen Bereich noch im Kanton Tessin bekannt. Wir sind jedoch der Meinung, dass diese Massnahmen, die damals durchaus ihre Richtigkeit hatten, heute angesichts der Mobilität der Patienten, der Spitaldichte, usw. überholt sind. Drittens betrachten auch wir das Risiko, dass die Gemeinde Köniz für Ärzte nicht attraktiv ist, als eher gering. Würde man trotz allem in einen Versorgungsengpass geraten, sind die Stellschrauben für eine Veränderung zwei Stufen höher angesiedelt, nämlich bei der Ärztezulassung oder bei den Entschädigungsregelungen für die Hausärzte.

Aus diesen Überlegungen sind wir gegen weitere Prüfungen, die letztendlich nur die Gemeindeverwaltung beschäftigen und konkret nichts bewegen. Wir sehen lieber, dass im konkreten Fall sich Interessierende unterstützt werden. Das kann aber auch unter dem Stichwort Standortförderung vorgenommen werden. Wir sind aber damit einverstanden, wenn der Gemeinderat dieses Thema grundsätzlich in seinem Beobachtungsspektrum behält.

**Fraktionssprecher Hans-Peter Kohler (FDP):** Zuerst möchte ich gemäss Art. 6 des Geschäftsreglements des Parlaments meine allfällige Interessenbindung offen legen: Ich bin Arzt und angestellt bei Spital Bern AG, Mitunterzeichner von Zusammenarbeitsverträgen mit Hausärztinnen und Hausärzten, bin Vorstandsmitglied des ärztlichen Bezirksvereins Bern Regio, die auch bei diesen Vertragswesen mitarbeitete und stehe somit direkt in Gesprächen betreffend die Zukunft der hausärztlichen Grundversorgung in der Region. Das ist per se nicht schlecht, sondern kann auch Vorteile haben. Ich verstehe relativ gut, was zurzeit abläuft.



Zum Vorstoss: Die Thematik Hausärztemangel ist definitiv ein wichtiger Punkt, den die SP-Fraktion – aber nicht nur sie – aufnimmt. Die Gründe sind in der Antwort des Gemeinderats auch aufgeführt, Stichworte sind Berufsvorstellungen, Feminisierung, Teilzeitarbeit, attraktive Stellen an Spitälern, finanzielle Unsicherheit, aber auch der sich rasch ändernde Gesundheitsmarkt. Die FDP-Fraktion hat im Kanton Bern diverse Vorstösse diesbezüglich eingereicht, bis hin zum Lehrstuhl für Hausarzt-Medizin. Verschiedene Player im Gesundheitsmarkt haben sich bereits den Veränderungen angenommen. Aufgrund dessen ist der Vorstoss hier in der Gemeinde Köniz am falschen Ort. Viele Player sind daran, zusammen mit den Grundversorgern zukunftssträchtige Modelle zu entwickeln. Diese Player sind: Die Spitäler, die lokalen und kantonalbernerischen standespolitischen Organisationen und die betroffenen Ärzte. Diese arbeiten schon lange und gut zusammen, was künftig angeboten werden soll und kann. Es sind bereits zukunftssträchtige Angebote entstanden, die funktionieren. Es handelt sich um Ärztenetzwerke, aber auch um Gesundheitszentren. Das ist prinzipiell – und soll auch so sein – aus der Initiative der Leistungserbringer selber entstanden. Nun sie wissen was sie benötigen und welche Versorgungsmodelle in der Grundversorgung zukunftsicher sind. Der Markt spielt und soll funktionieren.

Die Gemeinde oder der Kanton können in Spezialfällen eingreifen, wenn die Versorgungssicherheit in einer geographisch abgelegenen Gemeinde nicht gegeben wäre. Das ist in der Gemeinde Köniz nicht der Fall. Betrachtet wird hier explizit unsere Gemeinde. Die FDP-Fraktion versteht, dass dies angesichts der Diskussion um die Schliessung des Ziegler-Spitals 2010 ein Thema war. Das Ziegler-Spital wird jedoch weiter bestehen. Auch damals hätte die Gemeinde Köniz nicht federführend sein müssen, weil auch damals die Gespräche mit den von mir angeführten Playern stattgefunden haben.

Aktuell besteht absolut kein Grund, Zweckmässigkeits- oder Standortstudien durch die Gemeinde zu initiieren und durchzuführen. Es besteht aber auch kein Grund, Kreditanträge zu unterbreiten bis hin zu Subventionierungen von Gesundheitszentren. Überlassen wir dies den Profis, den Organisationen, den Trägerschaften, die bei diesem Projekt den Lead haben sollen und nicht der Gemeinde. Das verbietet aber nicht, dass die Gemeinde, wenn irgendwo etwas Neues gebaut wird, im Gespräch mit den Grundversorgern sein soll, damit gemeinsam etwas entwickelt werden kann.

Zusammenfassend: Es gibt absolut keinen Grund für die Gemeinde Köniz, hier die Führung zu übernehmen. Die FDP-Fraktion wird der Erheblicherklärung des Postulats nicht zustimmen. Ein Bericht liegt ja bereits vor.

**Fraktionssprecher Hans Moser (SVP):** Auch die SVP-Fraktion wird der beantragten Erheblicherklärung des Postulats nicht zustimmen. Dies mit der Begründung, wie sie nun wiederholt zu hören war. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde Köniz Ärztezentren realisiert und Ärzte anstellt. Sie kann jedoch Rahmenbedingungen schaffen, bei der Realisierung von Infrastruktur mithelfen oder eventuell Darlehen geben, wenn die Grundversorgung irgendwie leiden sollte. Die Gemeinde Köniz ist Landbesitzerin und verpachtet dieses an Landwirte, bewirtschaftet das Land jedoch nicht selber. Es ist zu hoffen, dass in Zukunft Maturandinnen und Maturanden dazu motiviert werden können, den Arztberuf zu ergreifen. Im Tierarztbereich besteht zurzeit ein grosser Überschuss.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Aus der Sicht der Fraktion der Grünen nimmt der Vorstoss ein wichtiges Anliegen auf und die Gemeinde soll hier Hand bieten und mithelfen. Wir sehen zwei Risiken: Erstens nimmt die Hausarztdichte ab, auch in den ländlichen Teilen der Gemeinde Köniz. Zweitens setzen die Krankenkassen in Zukunft aber vermehrt auf Hausarztmodelle, die dann aus den bekannten Gründen nicht angeboten werden können. Dass die Gemeinde nun anbieten soll, Ärztezentren zu realisieren und zu betreiben, ist sicher nicht die Idee des Vorstosses, wie auch nicht, den Lead in diesem Bereich zu übernehmen. Wir sehen übrigens eher die Förderung von kleineren, dezentralen Ärztezentren. Wir stimmen der Erheblicherklärung als Postulat zu.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Der Gemeinderat geht mit den Unterzeichnenden des Vorstosses einig, dass in der Gemeinde Köniz in den nächsten Jahren die Anzahl Hausärzte abnehmen wird. Dies zum Teil aufgrund von Pensionierungen oder weil keine Nachfolge gefunden wird. Diese Aussage machen wir nicht einfach so ins Blaue hinaus, sondern wir haben direkt von den betroffenen Ärzten vernommen, dass in den nächsten 5 bis 10 Jahren Praxen aus verschiedensten Gründen geschlossen werden.

Unter anderen Gründen werden auch veraltete Einrichtungen von Praxen genannt, die hohen Sanierungsbedarf haben, sollte überhaupt eine Nachfolge gefunden werden. Der Gemeinderat ist sich auch bewusst, dass die medizinische Grundversorgung für die Könizer Bevölkerung von grosser Wichtigkeit ist. Das Thema ist bereits vor der Einreichung des Vorstosses aufgenommen worden und steht auf der Agenda des Gemeinderats. Der Antwort konnten Sie entnehmen, dass im Zusammenhang mit der Schliessung des Ziegler-Spitals das Thema in den Gemeinderat gebracht worden ist und dies in verschiedene Direktionen: In die DPF für die Finanzen, in die DSL für die Liegenschaften und in die DBS für den Bereich Gesundheit und Versorgung und den sozialen Aspekt.

Verschiedene Gespräche mit Ärzten und Vertretern von Spitex und Altersheimen haben stattgefunden. Alle waren sich einig, dass das Thema anzugehen ist und sich alle beteiligen müssen: Die Ärzte, die Spitäler und die Gemeinde. Es sollen gute Rahmenbedingungen geschaffen werden, sollte der Aufbau eines Ärzteentrums notwendig werden. Das Ziegler-Spital mit der Notfallstation wird nun aber, wie gehört, nicht so schnell geschlossen wie ursprünglich befürchtet. Deshalb ist der Gemeinderat der Meinung, dass nun keine vertieften Abklärungen stattfinden sollen. Das heisst, dass die Organisationen oder eine Trägerschaft aktiv werden sollen, die den Lead für eine Projektrealisierung übernimmt. Der Gemeinderat ist bereit, bei der Suche nach einem geeigneten Standort mitzuarbeiten. Eine Subventionierung von medizinischen Zentren sieht der Gemeinderat aber nicht, dies auch aufgrund einer allfälligen präjudiziellen Wirkung. Eine allfällige Finanzierungshilfe sieht der Gemeinderat hingegen und er kann sich dies in Form eines Darlehens vorstellen.

Deshalb ist der Gemeinderat der Meinung, das Postulat erheblich erklären zu lassen. Ich zeige noch auf, was der Gemeinderat bereits vorgenommen hat: In Niederscherli bestehen drei Arztpraxen, eine davon wird in den nächsten drei bis vier Jahren infolge Pensionierung geschlossen, eine andere befindet sich in schlechten Räumlichkeiten, die Tätigkeit dort ist jedoch zunehmend. Das Ärztepaar mit den schlechten Räumlichkeiten gelangte an uns mit der Anfrage, ob die Gemeinde allenfalls bereit wäre, die Realisierung eines so genannten „Mini-Ärzteentrums“ in Niederscherli im Industriegebäude zu unterstützen. Alles wurde abgeklärt: Der Investitionsbedarf des Ärztepaares, des Liegenschaftsbesitzers und die Höhe eines allfälligen Darlehens der Gemeinde. Dem Ärztepaar wird nun ein zinsloses Darlehen von 50'000 Franken für 10 Jahre zur Verfügung gestellt. Dem Ärztepaar ist es ein grosses Anliegen, die Möglichkeit für den Bezug von neuen und grösseren Räumlichkeiten zu haben, weil die ärztliche Versorgung in Niederscherli zunehmend ist. Uns war es ein Anliegen, weil sich in Niederscherli ein Altersheim befindet, das durch das Ärztepaar betreut wird.

**Hugo Staub (SP):** Vor der Debatte wurden dem Vorstoss einiges angedichtet, das nicht Inhalt dessen war. Das pragmatische Handeln des Gemeinderats, wie vorhin vor Gemeinderat Ueli Studer ausgeführt, dort Unterstützung zu geben wo es notwendig ist, entspricht dem Grundgedanken des Vorstosses. Weil bereits schlechte Erfahrungen wegen abgewiesener Vorstösse gemacht wurden, aufgrund derer der Gemeinderat in die schwierige Situation gelangte, ob er in Zukunft noch so handeln soll, wie er es eigentlich im Sinn gehabt hätte, ziehe ich meinen Vorstoss zurück. Ich ermutige den Gemeinderat mit seiner pragmatischen Unterstützung weiterzumachen. Er soll das Thema – wie Ueli Witschi vorhin festhielt – weiter sorgfältig auf seinem Radar halten.

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Ippen** hält fest, dass der Motionär/Postulant den Vorstoss zurückzieht.

### **13. 1301 Motion (SP Köniz/Lüthi) "Volksmotion und Volkspostulat - neue demokratische Rechte!"**

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Ruedi Lüthi (SP):** Herzlichen Dank an den Gemeinderat und die Mitarbeitenden der Verwaltung für die Beantwortung der Motion. Köniz ist eine vielfältige Gemeinde mit vielen Besonderheiten. Köniz ist die zwölftgrösste Gemeinde bzw. Stadt in der Schweiz, hat jedoch mehrheitlich eher dörflichen als städtischen Charakter, d. h. die Einwohnenden verteilen sich auf verschiedene Dörfer und Ortsteile. Es sind demnach verschiedene Interessen und Wünsche vorhanden. Im Parlament sind nicht alle Ortsteile vertreten, und auch nicht alle Interessens- und Bevölkerungsgruppen.

Es gibt Themen, die kaum oder überhaupt nicht auf der Parlamentsagenda erscheinen. Wir kennen zwar die Volksinitiative, für deren Einreichung 2'000 Unterschriften notwendig sind. Dieses Instrument ist jedoch für nicht organisierte oder kleine Gruppierungen eines mit einer sehr hohen Hürde. Daneben gibt es die Möglichkeit eine Petition einzureichen, bei welcher alle Personen der Gemeinde unterschreiben können; aber auch dieses Instrument gelangt nicht oder sehr selten auf die Parlamentstraktandenliste. Zwischen diesen beiden Instrumenten gäbe es aber noch die Möglichkeit der Einreichung einer Volksmotion oder eines Volkspostulats. Diese würden die Spannweite zwischen den beiden anderen Instrumenten verkleinern und es handelt sich um eine wertvolle Bereicherung für die Bevölkerung. Das bestätigen im Übrigen jene Gemeinden, die diese Möglichkeit bereits eingeführt haben. Ausser der Gemeinde Köniz kennen alle Berner Vorortsgemeinden mit Parlament, wie auch die Stadt Bern, das Antragsrecht für Nichtparlamentarier und Nichtparlamentarierinnen, sei es die Volksmotion oder, zum Teil eingeschränkt, die Jugendmotion.

Ich sandte Ihnen eine Zusammenstellung über die Vorstösse, die in den verschiedenen Gemeinden eingereicht werden. Das Antragsrecht wird regelmässig, aber nicht übermässig, benutzt. Auf 100 Vorstösse im Parlament werden 2 Volksmotionen oder –postulate eingereicht. Richtig ist die Feststellung, dass die Stimmbevölkerung der Gemeinde Köniz die kantonalen Volksabstimmungen zur Senkung des Wahl- und Stimmrechtsalters von 18 auf 16 Jahre und „Zusammen leben, zusammen stimmen“, ablehnte. Diesen Entscheid respektiere ich selbstverständlich und will mit dem Vorstoss auch nichts daran ändern. Aber auch die übrigen Vorortsgemeinden haben die beiden kantonalen Vorlagen verworfen. Gerade in diesen Gemeinden wollte die Bevölkerung das Antragsrecht und haben der Möglichkeit Volksmotion und –postulat zugestimmt. Das Antragsrecht ist sonst überall im demokratischen Umfeld möglich, sei es als Arbeitnehmer, als Mieterin oder als Schüler. Wie wir alle wissen, entscheidet aber immer jemand anderes. Wir haben jedoch die Möglichkeit, das Thema an den richtigen Ort zu bringen.

Mit der Annahme des Vorstosses werden keine neuen Mitwirkungsrechte eingeführt und mit den Umsetzungsbestimmungen wird das Parlament das letzte Wort haben. Hier können wir definitiv festlegen, was gewollt ist und dies unabhängig ob der Vorstoss als Motion oder Postulat erheblich erklärt wird. Zuallerletzt kann die Könizer Bevölkerung darüber abstimmen, ob die Mitwirkungsrechte überhaupt gewünscht sind.

Es gibt bereits Antworten zu den Fragen, ob Bedürfnisse bestehen. In Gemeinden, die das Antragsrecht kennen, wird es regelmässig auch benutzt. In der Gemeinde Köniz würde eine Volksabstimmung über ein Ja oder Nein entscheiden. Die gemachten Erfahrungen der verschiedenen Gemeinden zeigen auch, dass der Aufwand für die Gemeinden eher gering ist. In Bezug auf die Frage zur Unterschriftenzahl: Die Stadt Luzern, die etwa doppelt so viele Einwohner wie die Gemeinde Köniz hat, kennt die Anzahl 100 Unterschriften. Auch dort ist die Anzahl Vorstösse nicht höher als in anderen Gemeinden.

Neue Antragsrechte schaffen auch keine Rechtsungleichheiten und die Kompetenzen des Parlaments oder des Gemeinderats bleiben unverändert. Das gilt im Übrigen auch für das Jugendparlament, das andere Aufgaben und Möglichkeiten hat. Mir ist es ein grosses Anliegen, dass die Bevölkerung der Gemeinde Köniz Stellung dazu nehmen kann, ob sie das Mitwirkungsrecht wünscht oder nicht. Es stellt sich die Frage, ob ich dem Antrag des Gemeinderats folgen und die Motion in ein Postulat umwandeln soll. Mir ist es ein grosses Anliegen, dass die Könizer Stimmbevölkerung dereinst darüber abstimmen kann. Wenn der Gemeinderat der Meinung ist, weitere Diskussionen führen und weitere Analysen vorzunehmen, bin ich im Interesse einer Lösungsfindung auch bereit, dem Antrag auf Erheblicherklärung als Postulat zu folgen.

Ich bitte Sie, dem Antrag auf Erheblicherklärung als Postulat zuzustimmen, um damit der Könizer Bevölkerung Gelegenheit zu geben, über die Einführung von Volksmotion oder –postulat abstimmen zu können.

**Fraktionssprecher Ronald Sonderegger (FDP):** 100 Unterschriften, d. h. jeder vierhundertste Bürger der Gemeinde Köniz oder 0,25 Prozent der Stimmbevölkerung, genügen für die Einreichung einer Volksmotion oder eines Volkspostulats. Diese Anzahl ist zu klein für die Gemeinde Köniz. Die Gemeindeverwaltung scheint in den Augen der Motionäre klar unterbeschäftigt zu sein. Die Gemeinde wird sich über den Mehraufwand bestimmt ebenso freuen wie die Parlamentsmitglieder, die künftig über die Volksmotionen oder –postulate beraten dürfen. Was sind 100 Unterschriften in einer Gemeinde unserer Grösse? In meinen Augen dreimal nichts. Ein lustiger Nachmittagsevent auf dem Vorplatz eines unserer Grossverteiler und schon beschäftigen wir uns mit der Einführung von Flugvignetten für Bienen oder der Anarchie in Köniz.

Über die Hintertüre wird hier versucht, das von der Gemeinde abgelehnte Stimmrechtsalter 16, wie auch das Ausländerstimmrecht, zu umgehen. Jugendliche können über das Jugendparlament Einfluss nehmen. Sie können dies auch über ihre Eltern. Ausländer oder andere Erwachsene haben die Möglichkeit, ihre Anliegen via Partei und Parlamentsmitglieder kundzutun und so dem Parlament vorzulegen. Für was sind wir Parlamentsmitglieder von der Stimmbevölkerung denn gewählt worden? Wir sind die gewählten Volksvertretungen und eine Erfolgsgeschichte seit 1925. Beim Betrachten dieser Forderungen muss ich mich fragen, welchen Sinn es macht, in diese Richtung zu gehen. Handelt es sich um einen ersten Schritt für die Wiedereinführung der Gemeindeversammlung oder sogar der Landsgemeinde.

Wir Parlamentsmitglieder der FDP-Fraktion lehnen die beantragte Erheblicherklärung als Postulat ab.

**Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP):** Volksmotion, Volkspostulat, neue demokratische Rechte, das tönt grundsätzlich gut. Beim vorliegenden Vorstoss wird in den Augen der SVP-Fraktion über das Ziel hinaus geschossen. Die Gemeindeordnung gibt klar vor, welche Kompetenzen die Bevölkerung, das Parlament und der Gemeinderat haben. Mit der Motion soll nun die Kompetenz des Parlaments auf die Ebene der Bevölkerung verlegt werden und dies mit einem Quorum von 100 Unterschriften. Wir sehen hier folgende Problemfelder:

Die Partikularinteressen: Vorstösse können von Kleinstgruppen mit speziellen Eigeninteressen eingereicht werden, die vielleicht nicht im Gesamtinteresse der Gemeinde stehen. Das Parlament besteht aus 40 so genannten Volksvertretungen. Der Bevölkerung ist schon heute möglich, ihre Anliegen über die Volksvertretungen einzubringen, d. h. über ein Parlamentsmitglied aus ihrem Gebiet oder ihrer Partei.

Die Finanzen: Jeder Vorstoss kostet Geld. Macht es wirklich Sinn, neben den nicht so wenigen parlamentarischen Vorstössen, noch Volksmotionen und –postulate einzuführen und den Aufwand für die Verwaltung und den Gemeinderat zu erhöhen? Dazu sagen wir klar nein.

Die Unterschriftsberechtigung ab 14 Jahren: Es macht aus unserer Sicht keinen Sinn, beim Stimmrechtsalter 18 zu bleiben, aber mit 14 Jahren bereits Vorstösse unterzeichnen zu können. Zudem haben die Jugendlichen die Möglichkeit, Vorstösse – die dort vielleicht bereits einen ersten Filter durchlaufen – über das Jugendparlament einzureichen.

Das Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler Ebene von Ausländern wurde in einer kantonalen Abstimmung von der Stimmbevölkerung abgelehnt. Auch für uns macht es nicht Sinn, dass Vorstösse zwar unterzeichnet werden können, an der allfälligen Abstimmung jedoch nicht teilgenommen werden kann.

Die SVP-Fraktion lehnt die beantragte Erheblicherklärung als Postulat ab.

**Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Ursprünglich war ich gegen diesen Vorstoss und habe ihn aus diesem Grund auch nicht unterzeichnet. Wenn in der Bevölkerung ein Problem oder ein Anliegen auftauchen, genügt ein Telefon an ein Parlamentsmitglied, das die Gruppe beraten kann, den Vorstoss formuliert, damit er auch mehrheitsfähig ist. Wir Parlamentsmitglieder können schlussendlich, wenn wir davon überzeugt sind, für die Annahme des Vorstosses lobbyieren. Das ist unsere Aufgabe. Ich war anfänglich der Meinung, dass die ganze Geschichte unsere Stellung als Parlamentsmitglied schwächt.

Aus drei Gründen habe ich jedoch meine Meinung geändert:

Wir Grünen haben das Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene befürwortet, dessen Einführung aufgrund der kantonalen Ablehnung nicht möglich war. Die Volksmotion bzw. das –postulat weitet die politischen Rechte der Ausländerinnen und Ausländer in einem vertretbaren Mass aus. Auch für die Jungen, die nicht im Jugendparlament organisiert sind, entstehen hier mehr Möglichkeiten.

Die Lücke zwischen Petition und Volksinitiative wird mit dem Vorschlag gefüllt. Es handelt sich um einen Gewinn für die direkte Demokratie.

Der Hauptgrund ist in meinen Augen folgender: Eine Gruppe von Einwohnenden – Schweizer, Ausländer, Jugendliche – haben ein Anliegen und wollen etwas Verbindlicheres als einfach nur eine Petition einreichen. Sie entscheiden sich für die Volksmotion. Jetzt beginnt es aber erst. Zuerst muss man sich überlegen, wie wird die Motion formuliert, was genau soll geändert werden, ob es überhaupt in der Kompetenz der Gemeinde ist, ob eine Motion oder ein Postulat eingereicht werden soll. Ist der Vorstoss aufgesetzt, müssen zuerst 100 Unterschriften gesammelt werden – die wahrscheinlich bei einem berechtigten Anliegen, relativ schnell zusammenkommen, nicht aber für Flugvignetten für Bienen.

Nun geht es weiter: Der Vorstoss gelangt in den parlamentarischen Prozess. Der Gemeinderat erarbeitet einen Bericht, mit dem er feststellt, ob der Vorstoss motionsfähig oder ob eine Richtlinienmotion der richtige Weg ist oder eine Umwandlung in ein Postulat. Die Gruppe muss sich mit dem Geschäftsreglement des Parlaments auseinandersetzen. Schliesslich werden wir Parlamentsmitglieder darüber beraten und die Gruppe muss für ihr Anliegen selber Lobbying betreiben. Sie muss vermehrt mit uns in Kontakt treten und dafür sorgen, dass der Antrag angenommen wird, sie muss uns überzeugen, sie muss sich mit der Mechanik des Parlamentsbetriebs auseinandersetzen. All das was wir sonst tun, muss nun diese Gruppierung erledigen. Es handelt sich somit um eine perfekte, praxisnahe Einführung in die Parlamentsdemokratie, sozusagen um eine Lernwerkstatt. Das führt unweigerlich zu einer Politisierung der Gruppenmitglieder und vielleicht wird der eine oder die andere bei den nächsten Parlamentswahlen kandidieren.

Fazit: Es handelt sich somit nicht nur um einen Gewinn für die direkte Demokratie, sondern auch um einen Gewinn für die parlamentarische Demokratie. Wir Grünen stimmen deshalb der Erheblicherklärung als Postulat einstimmig zu. Dies nicht, weil wir zu wenig Kandidierende für die nächsten Parlamentswahlen hätten, sondern weil so Menschen für die Politik sensibilisiert werden und die Demokratie lebendiger wird.

**Fraktionssprecher Andreas Lanz (BDP):** Grundsätzlich ist die BDP-Fraktion der Meinung, dass die Demokratie in der Gemeinde Köniz gut funktioniert. Wir haben ein gut austariertes politisches System, das auch in der Praxis ordnungsgemäss läuft. Wir Parlamentsmitglieder als Volksvertretungen sind in der Bevölkerung gut verankert, das Beispiel Haltestelle Möslweg zeigt auf, dass Anliegen aus der Bevölkerung durchaus via Parlamentsmitglieder im Parlament vorgebracht werden können. Eine Demokratie lebt aber auch davon, dass sie sich weiterentwickelt. Die schweizerische Form von Demokratie ist nicht 1291 auf dem Rütli erfunden worden und wird seither unverändert angewendet.

Aus diesem Grund begrüssen wir eine Diskussion über eine massvolle Ausweitung der politischen Volksrechte in der Gemeinde Köniz. Wir gehen jedoch mit dem Gemeinderat einig, dass die vorliegende Motion nicht tel quel übernommen werden kann. Die Fragen in Bezug auf die Anzahl notwendiger Unterschriften, die Beteiligung von Jugendlichen, von ausländischen Einwohnenden, müssen vertieft geklärt und diskutiert werden.

Die BDP-Fraktion wird der beantragten Erheblicherklärung als Postulat zustimmen.

**Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP):** Es geht um die Stärkung der demokratischen Rechte. Hört man jedoch der „Rechten“ zu, kann man der Meinung sein, es handle sich um die Stärkung der demokratischen „Linken“. Das scheint so gefährlich zu sein, dass um die Sache schlechtzureden, haarsträubende Beispiele herangezogen werden. Das ist in meinen Augen nicht gut.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion stellte sich auch Fragen zum Vorgehen und wir sind zum Schluss gekommen, den Vorstoss als Postulat erheblich zu erklären. In dem Sinn hoffe ich, dass wir einen guten Weg – ähnlich wie von Andreas Lanz beschrieben – finden werden.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich erläutere hier nochmals die Haltung des Gemeinderats: Der Gemeinderat hat sich vor allem von einer Abklärung des Bundesrats leiten lassen, die auf Seite 3 des Berichts und Antrags des Gemeinderats wiedergegeben ist. Der Bundesrat hielt auf eine entsprechende Motion auf Bundesebene fest, dass die Volksmotion während der letzten 30 Jahre in einigen Kantonen und Gemeinden eingeführt wurde und sich dort positiv auf die politische Debatte ausgewirkt hat. Wir sind deshalb der Meinung, dass es sehr wohl Sinn macht, diese Piste weiterzuverfolgen, auch wenn es um – wie festgehalten wurde – demokratische Institutionen und ihre Aufgaben nicht schlecht bestellt ist. Man kann ein System jedoch stets verbessern. Der Ausbau des demokratischen Instrumentariums ist sehr massvoll und gezielt und die zwei Instrumente schliessen die Lücke zwischen der Initiative – was ein sehr aufwändiger Weg ist – und der für die Bevölkerung zwar einfacher einzureichenden Petition, die jedoch keine direkte Wirkung hat. Wir liessen uns auch davon leiten, dass der Vorstoss nicht exotisch, sondern bereits verschiedenorts eingeführt ist und sich jeweils grundsätzlich positiv ausgewirkt hat. Es findet auch keine überbordende Anwendung statt und es werden sicher keine Stellenbegehren gestellt, sollte das Instrument in der Gemeinde Köniz effektiv eingeführt werden. Das Parlament behält im Rahmen der Erheblicherklärung der Volksmotion oder des – postulats immer noch seinen direkten Einfluss und kann in einer allfälligen Parlamentsdebatte auch korrigierend eingreifen. Uns scheint, dass es möglich sein sollte, dass Gruppierungen die ausserhalb der Parteien liegen, auch ein Anliegen in die politische Agenda einbringen können.

„Die grösste Partei ist in der Schweiz immer noch die Partei der Parteilosen“, ein Zitat von Christian Burren, der inzwischen nicht mehr zu dieser Partei gehört. Auch für diese braucht es entsprechende Instrumente.

Ich gehe mit dem Fraktionssprecher der FDP einig, dass die Frage ob 100 notwendige Unterschriften eine zu tiefe Hürde sind, genauer betrachtet werden muss. Aber das restliche Argumentarium des FDP-Fraktionssprechers schien mir eine ziemliche Überzeichnung. Gespannt war ich auf das Votum der SVP-Fraktion, die grundsätzlich immer sehr nahe bei der Bevölkerung ist und ihm primär Möglichkeiten geben will. Im vorliegenden Fall ist die SVP-Fraktion nun gegen die Einführung von Volksmotion und –postulat. Wir nehmen dies zur Kenntnis. Ich glaube, dass das Verhältnis Bevölkerung-Parlament-Gemeinderat nicht aus dem Gleichgewicht fallen wird. Wir sind froh, dass der beantragten Umwandlung in ein Postulat zugestimmt worden ist. Der Gemeinderat will gewisse Aspekte noch prüfen und diskutieren: Jugendliche ab 14 Jahren, Ausländer, das Quorum von 100 Unterschriften, einige Verfahrensfragen.

Zusammenfassend: Der Ausbau unserer Demokratie wird hier massvoll vorgeschlagen und wir bitten Sie, der beantragten Erheblicherklärung als Postulat zuzustimmen.

---

### **Beschluss**

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: 22 für Erheblicherklärung, 14 dagegen)

---

### **14. 1308 Interpellation (BDP Köniz) "Stand der Anpassung des Reglements der Pensionskasse Köniz"**

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Thomas Frey BDP):** Zuerst danke ich dem Gemeinderat für die Antwort. Wir stellen fest, dass der Gemeinderat heute der Meinung ist, dass Handlungsbedarf gegeben und ein Primatwechsel umzusetzen ist. Er gibt einen Deckungsbeitrag von 105 Prozent bei einem Zinssatz von 4 Prozent an. Bei einem Zinssatz von 3 Prozent sind es noch 93 Prozent. Die Lehrerpensionskasse geht heute von einem Zinssatz von 2,5 Prozent aus. Experten sagen angeblich Maximum 2,75 Prozent und damit sollte ein Deckungsbeitrag von 110 bis 120 Prozent erreicht werden. Wir sehen, Handlungsbedarf ist wirklich vorhanden. Es ist gut, dass in der Zwischenzeit auch die systematischen Finanzierungslücken geschlossen worden sind. Wir hätten es begrüsst, wenn der Gemeinderat konkreter zum weiteren Vorgehen, insbesondere zur Zeitachse, Stellung genommen hätte. Wir erklären uns von der Antwort als teilweise befriedigt.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

### **15. 1311 Interpellation (Martin Graber, SP) "Kosten der Spezsek Klassen am Gymnasium Lerbermatt"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Martin Graber (SP):** Ich beantrage Diskussion.

Da mehr als 10 Stimmen zustimmen, wird die beantragte Diskussion gewährt.

**Martin Graber (SP):** Die Spezsek-Klassen an der Lebermatt beinhalten eine lange Geschichte mit vielen Kapiteln; eines der letzten wurde im Rahmen des Stabilisierungsprogramms geschrieben. Die DBS wollte 2011 mit der Schliessung der Spezsek-Klassen am Gymnasium Lerbermatt jährlich 100'000 Franken einsparen. Das Geschäft nahm einen weiten Umweg: Via Finanzkommission zurück an den Gemeinderat, in die Vernehmlassung bei den Parteien, den Schulen, den Schulkommissionen, gelangte es in die Spezialkommission zur Revision des Bildungsreglements und schliesslich ins Parlament. Das Parlament wollte von einer Schliessung nichts wissen.

Ich habe die Interpellation deshalb eingereicht, weil ich wissen will, wie viel uns die Spezsek-Klassen Lerbermatt zusätzlich wirklich kosten. Im letzten Jahr waren dies zusätzlich 460'000 Franken, fast das Fünffache des ursprünglich angenommenen Betrags.

Anders gesagt werden für jeden Spezsek-Schüler und jede Spezsek-Schülerin an der Lerbermatt pro Jahr 3'800 Franken mehr ausgegeben als für die Spezsek-Schülerinnen und –Schüler an den anderen Schulen. Allerdings muss ich zugeben, dass ich diese Zahlen, obwohl sie mir mehrfach erläutert worden sind, nach wie vor nicht ganz nachvollziehen kann. Ein Beispiel: Die Gehaltskosten, die der Gemeinde verrechnet werden, betragen gemäss den Unterlagen an der Lerbermatt pro Klasse rund 60'000 Franken pro Jahr. Für allfällige zusätzliche Klassen an den anderen Oberstufenzentren werden je 90'000 Franken eingesetzt, 180'000 Franken für zwei Klassen. Umgekehrt sollen die zusätzlichen Klassen an den Oberstufenzentren keine zusätzliche Infrastruktur- oder Schulbetriebskosten verursachen. Werden diese Schulzimmer nicht auch gereinigt? Oder wird das Mobiliar durch die zusätzlichen Klassen nicht auch stärker abgenutzt? Ich hege nach wie vor den Verdacht, dass man hier mit den vorgelegten Zahlen Äpfel mit Birnen vergleicht.

Eine interessante Frage entstand durch die Antwort des Gemeinderats. Gemäss Art. 5 Abs. 5 des Bildungsreglements erfolgt die Mittelschulvorbereitung im 7. Und 8. Schuljahr wie folgt: Entweder an den Spezsek-Klassen in der Lerbermatt oder an den Schulen der Sekundarstufe I in speziellen Sekundarklassen oder im 8. Schuljahr durch zusätzlichen Unterricht. Jetzt wird aber in Niederwangen gemäss der Interpellationsantwort gar keine Schulung im speziellen Sekundarschulniveau angeboten. Das ist interessant, aber nicht sehr einfach zu interpretieren, weil auch Schulkinder aus Niederwangen den Sprung in den GU9 schaffen. Diesen Sprung schaffen auch Schulkinder in Bern, obwohl dort keine Spezsek-Klassen angeboten werden. Die Interpretation ist nicht einfach.

Zu den Finanzen: Jährlich 460'000 Franken ist ein hoher Betrag für das Angebot der Spezsek-Klassen in der Lerbermatt. Ich bin der Meinung, dieser könnte an den Schulen anderweitig genutzt werden. Denken wir beispielsweise an die IT-Infrastruktur, die dann von mehr als 120 Schulkindern benützt werden kann. Oder an den zusätzlichen Unterricht für begabte Schulkinder, der an den Oberstufenzentren angeboten werden könnte. Weil ich die mir vorgelegten Zahlen nur bedingt nachvollziehen kann, erkläre ich mich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt. Gleichzeitig bin ich gespannt auf die Zahlen im nächsten Herbst, denn ich kann jetzt schon sagen, dass von mir oder auch durch jemand anderen erneut eine Interpellation eingereicht wird. Somit kann ein weiteres Kapitel dieser langen Geschichte geschrieben werden.

**Hans-Peter Kohler (FDP):** Mit der an den Gemeinderat eingereichten Petition wurde aufgezeigt, wie beliebt das Angebot der Spezsek-Klassen ist. Entweder ist man für die Bildungsvielfalt in der Gemeinde Köniz oder man ist dagegen. Man ist für die Integration, die nicht alles löst oder man ist dagegen. Das waren die Kernthemen, die wir in extenso immer wieder diskutiert haben. Es handelt sich ausserdem in meinen Augen um eine Glaubensfrage. Das Angebot ist bewährt und beliebt, man will es, das kostet jedoch etwas. Die Zahlen sind, wie der Interpellant selber feststellte, immer noch schwierig nachzuvollziehen. Die effektiven zusätzlichen Kosten für den Spezsek-Unterricht an den Oberstufenzentren, wenn die Spezsek-Klassen Lerbermatt nicht mehr angeboten werden sollten, sind schwierig zu berechnen.

Für schwächere Schulkinder werden Förderungsmassnahmen angeboten werden, das ist richtig und das darf auch etwas kosten. Für die begabteren Schulkinder soll aber ebenso Spezialunterricht angeboten werden und das darf ebenso etwas kosten.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Zu Martin Graber: Wir vergleichen nicht Äpfel mit Birnen, diese Feststellung ist nicht richtig, sondern wir vergleichen Kinder, die den Spezsek-Unterricht in der Lerbermatt besuchen mit jenen die Spezsek-Unterricht an den Oberstufenzentren besuchen. Ganz sicher geben wir hier nicht bewusst falsche Zahlen an. Die Eruierung der Zahlen – für den Unterschied ob der Spezsek-Unterricht in der Lerbermatt oder an den Oberstufenzentren besucht wird – für die zwei letzten Jahre war nicht einfach. Das Finanzierungssystem der Schulen hat sich verändert. Die definitive Abrechnung werden wir erst noch erhalten. Bekannt ist inzwischen, dass sich die Sache ziemlich verteuert hat und es ist noch nicht bekannt, ob sie noch teurer wird als befürchtet. Wir haben Ihnen die Zahlen hier so gut als es uns möglich war, bekanntgegeben.

In Bezug auf die Kantonalisierung der Gymnasien: Das Gymnasium Lerbermatt klärte beim Kanton ab, wie der Gemeinde Köniz im Rahmen der neuen Finanzierung Volksschulrechnung Rechnung gestellt werden soll. Die Auskunft des Kantons am 12. November 2012 lautete, dass Sexta und Quinta gleich abgerechnet werden wie die Quarta, d. h. der Schulbetriebs- und Infrastrukturkostenbeitrag wird verrechnet.

Es besteht jedoch eine Vereinbarung aus dem Jahr 1997, dass der Gemeinde Köniz aufgrund der Kantonalisierung der Gymnasien keine Kosten erwachsen würden und diese Vereinbarung ist nie aufgehoben worden. Auf diese Vereinbarung wurde der Kanton nochmals aufmerksam gemacht, denn es bestehen unterschiedliche Ansichten über diesen Vertrag. Leider haben wir bis heute noch keine Antwort dazu erhalten. Sollte es wirklich so sein, dass die mittels Vereinbarung festgelegten Infrastrukturkostenbeiträge verrechnet werden, würde dies unsere Berechnungen um 167'140 Franken senken. Hier befinden wir uns aber noch in Verhandlungen mit dem Kanton Bern.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

## 16. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind neu eingereicht worden:

1315 (Grüne, SP, GLP) „Bibliothek ins Rappentöri

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Im Juli 2013 wurde der Modulbau in der Schulanlage Niederwangen fertiggestellt. Der Abschluss des Schülerprojekts „Photovoltaik-Anlage auf dem Turnhallendach“ steht kurz bevor. Am 23. August 2013 sind Sie eingeladen, an der Übergabe an die Schule und der Einweihung teilzunehmen. Die Einladung liegt auf Ihrem Tisch.

**Gemeinderat Kathrin Sedlmayer (SP):** Vor den Ferien habe ich Ihnen mitgeteilt, dass ein Mitarbeiter des Strassenunterhalts auf der Ulmizstrasse einen Unfall erlitten hat. Dieser Unfall ist glimpflich verlaufen, dem Mitarbeiter musste ein Fuss operiert werden und er befindet sich auf dem Weg der Besserung.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich teile mit, dass heute Morgen in Niederwangen die ersten Drittklässler den Schwimmunterricht im sanierten Lernschwimmbecken aufgenommen haben. Der Ökobus „Emil“ war zwar auch dort, ist jedoch noch nicht gefahren, weil noch einige Abklärungen beim Strassenverkehrsamt notwendig sind. Ich liess Ihnen das Kursprogramm „Erwachsenenbildung in der Gemeinde Köniz“ auf die Tische verteilen.

**Christoph Salzmann (SP):** Im November 2012 hat der Gemeinderat meine Interpellation 1211 „Problematische Praktikumskultur in KITAS?“ beantwortet und die Bereitschaft erklärt, bei den gemeindeeigenen Kitas Massnahmen zur Reduktion von Praktikumsplätzen zu ergreifen. Nun beginnt ein neues Lehr- oder Schuljahr. Mich interessiert, wie viele Auszubildende im Bereich der familienexternen Betreuung diesen Sommer eine Lehre in gemeindeeigenen Kitas begonnen haben, wie viele in Praktika mit Schulanteil und wie viele in unbetreuten Praktika ohne Schulanteil die Arbeit aufgenommen haben. Im Übrigen wird demnächst im Grossen Rat eine ähnliche Interpellation zu diesem Thema behandelt werden.

**Bruno Schmucki (SP):** Eine kleine Sommerendgeschichte: Von einem Mitbürger wurde ich vor kurzem quasi als Blitzableiter benützt. Er suchte mich auf, weil er sich masslos über eine Ordnungsbusse ärgerte oder zumindest über das ganze Verfahren rund um die Ordnungsbusse. Die Geschichte: Bei der Durchfahrt durch Wabern sah er einen Bekannten am Strassenrand, hielt an, stieg aus und sprach mit dem Bekannten. Quasi hinter seinem Rücken wurde ein Buszetteltel hinter den Scheibenwischer geklemmt. Er war erstaunt, weil er der Meinung war, nicht parkiert, sondern nur angehalten zu haben. Er suchte das Gespräch mit dem Kontrolleur, der jedoch nichts davon wissen wollte und ihn ans Polizeiinspektorat, an Herrn Blum, verwies. Anlässlich des Telefonats mit Herrn Blum wurde ihm mitgeteilt, dass er die ausgesprochene Busse auf jeden Fall bezahlen müsse. Zudem wurde ihm gleich noch der Kopf gewaschen und ihm quasi Nötigung und Falschaussage vorgeworfen. Er hat eine richtiggehende behördliche Schlampackung erhalten. Er erzählte mir eine andere, ähnlich verlaufene Geschichte. Zuerst tat ich die Sache damit ab, dass es sich bei dieser Person vielleicht um einen notorischen Nörgler handeln könne. Nach einigem Herumfragen meinerseits erhielt ich aber solche Geschichten in allen möglichen Varianten von überall her erzählt. Das Muster war aber immer dasselbe: Parkbussen werden auch dann ausgesprochen, wenn man vielleicht ein Auge zudrücken könnte, indem die Sache etwas anders interpretiert wird. Stets hatten die Betroffenen das Gefühl, die Regelverstösse werden immer „in dubio contra reo“ angewendet.



Diskussionen mit den Kontrolleuren endeten immer darin, dass auf die Rekursinstanz verwiesen wurde, d. h. auf Herrn Blum vom Polizeiinspektorat. Stets wurde den Telefonierenden jedoch anlässlich der Telefonate das behördliche Gehör verweigert und sie erhielten alle dieselbe Behandlung wie der mich aufsuchende Gebüsste. Ich frage mich, ob im Polizeiinspektorat eine Malaise vorhanden ist oder wie die Kontrollierenden ihre Tätigkeit verstehen. Nicht als Service public, sondern quasi als Bestrafungsaktion für irgendwelche unfolgsamen Bürgerinnen und Bürger. Meine Frage an Gemeinderat Urs Wilk: Bestehen irgendwelche Vorschriften im Polizeiinspektorat Köniz oder wie viel Ermessensspielraum haben die Angestellten, dass sie im Zweifelsfall stets gegen den Bürger oder die Bürgerin entscheiden? Bestehen für die Kontrollierenden irgendwelche Pflichtquoten? Das würde ihr Verhalten etwas erklären. Ist dem Direktionsvorsteher bekannt, dass ein Problem im Umgang mit Reklamationen besteht? Besteht ein als Prozess dokumentiertes Reklamationsmanagement? Wie wird die Qualität überprüft? Im Sinn, dass auch der Ordnungsbussendienst des Polizeiinspektorats ein Service public ist, bei dem man mit Kundinnen und Kunden und nicht mit Straftätern oder Straftäterinnen zu tun hat, wäre ich froh, wenn diese Angelegenheit geprüft wird.

**Markus Willi (SP):** Es geht einmal mehr ums Eichholz. Dieses Mal jedoch nicht um Littering, sondern um die Aareboot-Vermietungsinstitute, die sich im Eichholz tummeln. Mittlerweile handelt es sich um drei und neuester Dinge parkieren die Anbieter ihre Lastwagen und Anhänger hinten auf der Spielwiese, wo das Tor eigentlich geschlossen sein sollte und absolutes Parkverbot herrscht. Genau vor dem Eichholzreservat werden mit einem Kranlastwagen Boote meterhoch aufgetürmt und die Spielwiese wird mit diesen Lastwagen befahren, auch am Sonntag wenn viele dort Sport oder Spiel betreiben. Das ist in meinen Augen sehr heikel und kritisch und deshalb möchte ich von Gemeinderat Urs Wilk gerne wissen, wie er die geschilderte Situation beurteilt, bzw. was für Verträge mit diesen Firmen abgeschlossen worden sind. Gemäss Aussagen von Mitarbeitenden der Broncos Security sind mindestens drei solche Verträge abgeschlossen worden.

**Stephie Staub-Muheim (SP):** Zum von Gemeinderat Ueli Studer vorhin erwähnten Schwimmschwimmunterricht: 2007 wurde die Motion 0723 „Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts an den Könizer Schulen“ eingereicht, die von 33 Parlamentsmitgliedern unterzeichnet worden ist. Ich habe festgestellt, dass nicht einmal mehr die Hälfte der damaligen Unterzeichnenden anwesend ist. Die Motion wurde als Postulat erheblich erklärt und die Antwort des Gemeinderats im Jahr 2012 ist von uns sehr kritisch begutachtet worden. Wir überlegten uns, ob die Drittklässler genug Platz im Lernschwimmbecken für ihren Schwimmunterricht haben, ob überhaupt eine Einteilung möglich ist, ob genügend Lehrkräfte vorhanden sind, ob eine Anfahrt mit Schulbussen möglich ist, usw. Heute Morgen wurden wir vom Leiter Schulsport, Jacques Cordey eingeladen, der uns das Konzept vorstellte. Die ebenfalls eingeladene Presse war zwar nicht anwesend, publizierte jedoch am folgenden Tag ein falsches Bild, d. h. nicht unser Lernschwimmbecken. Anschliessend durften wir den Unterricht im Lernschwimmbecken besuchen. 14 total begeisterte Kinder lernten den Umgang mit Wasser. Die Kinder werden jeweils durch zwei Lehrkräfte betreut. Es wurde ein Lernheft mit acht Vorgaben für die Kinder entwickelt. Draussen stand auch der Elektrobuss „Emil“, dessen Besichtigung sehr interessant war. Vor allem Elsbeth Troxler – ehemaliges Parlamentsmitglied – und ich, die den Vorstoss damals initiierten, hatten Freude daran, dass die Zusammenarbeit aller Beteiligten zum vorliegenden schönen Ergebnis geführt hat. Besten Dank an alle.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Zu Bruno Schmucki, dem ich nach der Sitzung ein Beitrittsgesuch zur FDP übergebe: Der Dienstleistungsgedanke ist in unserer Fraktion sehr verbreitet und wir können sein Votum nur unterstützen. Ich muss mich jedoch fragen, ob der Votant tatsächlich Mitglied der SP ist. Wer setzte sich für die Realisierung der so genannten Blitzkästen ein, die der Sanierung der Gemeindefinanzen dienlich sind? Wer stimmt den flächendeckenden blauen Zonen zu? Von wem stammen die Voten: Höchsttempo 30 km/h ist 30 km/h und falsch parkiert ist falsch parkiert? Das kommt alles aus der SP-Fraktion und ohne die Fälle im Detail zu kennen: Dass jetzt nun die Umsetzung eines politischen Willens auf dem Rücken der Verwaltungsangestellten ausgetragen wird, ist in meinen Augen nicht richtig. Schlussendlich muss die Verwaltung gemäss Reglement umsetzen und wenn diese derart stur und starr sind, ist dem nun einmal so. Ich beurteile es gleich wie Bruno Schmucki: Die bestehenden Vorschriften müssen eingehalten werden. Die Frage ist, ob die Vorschriften verhältnismässig sind.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich danke Stephie Staub für ihre Ausführungen in Bezug auf den nun begonnenen obligatorischen Schwimmunterricht und zum Schutz der Presse halte ich fest, dass es sich nicht um ein falsches Bild handelte. In den Medien war wirklich ein Foto unseres Schwimmbeckens abgebildet, allerdings könnte die Beleuchtung zur Ansicht verleiten, dass es sich um ein privates Schwimmbad handeln könnte.

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Zwei Mitteilungen: Am 1. November 2013 findet wiederum der Agglomerationstag der Agglomerationskommission der Stadt Bern statt. Es geht um Formen der regionalen Zusammenarbeit und um Möglichkeiten der parlamentarischen Mitwirkung. 2013 stehen die Regionalkonferenz Bern-Mittelland und Gemeindefusionen in der Region Bern auf der Traktandenliste. Interessierte Parlamentsmitglieder können sich bis Ende August bei der Parlamentssekretärin Verena Remund anmelden.

Die Schweizerische Gesellschaft für Parlamentsfragen lädt Sie herzlich zur Jahresversammlung am 13./14. September 2013 in Heiden und Herisau ein. Thema ist: Milizparlament am Ende? Als Impulsreferentin spricht Frau Dr. Sarah Bütikofer vom Institut für Politikwissenschaften der Universität Zürich. Am Freitagabend besteht zusätzlich die Möglichkeit, das Staatsarchiv Appenzell Ausserrhoden zu besichtigen. Allfällig Interessierte bitte ich, dies der Parlamentssekretärin Verena Remund bis heute mitzuteilen. Wenn Sie am Parlamentsausflug von Köniz teilnehmen wollen: Wir besichtigen den Flughafen Belp und die Anmeldefrist läuft bis spätestens Morgen.

Ich wünsche ein gutes Nach-Hause-Kommen. Die nächste Parlamentssitzung findet am 16. September 2013 statt.

Im Namen des Parlaments

Erica Kobel-Itten  
Parlamentspräsidentin

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament